

**NATIONALER AKTIONSPLAN ZUR UMSETZUNG VON RESOLUTION 1325 (2000)
DES SICHERHEITSRATES DER VEREINTEN NATIONEN**

Elfter Umsetzungsbericht

Die österreichische Bundesregierung bekennt sich zu den Zielen der am 31. Oktober 2000 einstimmig vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN-SR) verabschiedeten Resolution 1325 (2000) zum Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit/Women, Peace and Security (WPS)“ und hat am 8. August 2007 den ersten Nationalen Aktionsplan (NAP 1325) mit konkreten Maßnahmen zur Umsetzung dieser Resolution beschlossen. Anlässlich des 10-jährigen Jubiläums der Annahme der Resolution 1325 wurde eine Überprüfung der nationalen Zielsetzungen und Maßnahmen zur Umsetzung der Resolution beschlossen, deren Ergebnis der am 24. Jänner 2012 beschlossene überarbeitete Nationale Aktionsplan ist.

Zur Weiterentwicklung des Aktionsplans wurde unter Federführung des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) eine Arbeitsgruppe eingerichtet, der Vertreterinnen und Vertreter aller beteiligten Ressorts sowie der Austrian Development Agency (ADA) angehören. Diese Arbeitsgruppe erstellt jährlich einen Umsetzungsbericht.

Der vorliegende elfte Umsetzungsbericht der Arbeitsgruppe erfasst den Zeitraum vom 1. Jänner 2019 bis 31. Dezember 2019. Er schließt an den zehnten Umsetzungsbericht an, der am 16. Oktober 2019 vom Ministerrat angenommen wurde und bietet einen Überblick über den Stand der Umsetzung des überarbeiteten NAP bzw. über die von den einzelnen Ressorts und der ADA gesetzten Maßnahmen zur Förderung von Frauen in Konflikt- und Postkonfliktsituationen.

Im überarbeiteten NAP aus dem Jahr 2012 ist festgehalten, dass im Jahr 2016 unter Einbindung der Zivilgesellschaft eine Überprüfung der Wirksamkeit des Aktionsplans stattfinden wird, wobei die Arbeitsgruppe den Aktionsplan an neue Entwicklungen anpassen und Maßnahmen ändern bzw. ergänzen kann. Seitens des BMEIA wurden die Ressorts sowie relevante Zivilgesellschaftsorganisationen damit befasst. Es hat sich dabei kein unmittelbarer Bedarf für eine Überarbeitung ergeben, jedoch wird die Frage einer weiteren Anpassung des NAPs insbesondere auch im Lichte der Entwicklungen auf internationaler und europäischer Ebene kontinuierlich weiterverfolgt werden.

1. Aktivitäten in Österreich

1.1 Koordination, Monitoring und Berichtslegung

BMEIA

- Das BMEIA koordinierte die aus Vertreterinnen und Vertretern des BMEIA, des Bundeskanzleramts (BKA, Sektion Frauen und Gleichstellung), des Bundesministeriums für Inneres (BMI), des Bundesministeriums für Justiz (BMJ), des Bundesministeriums für Landesverteidigung (BMLV) und der Austrian Development Agency (ADA) bestehende Arbeitsgruppe zur Umsetzung bzw. Weiterentwicklung des NAP 1325 unter Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft.
- Der am 16. Oktober 2019 vom Ministerrat angenommene zehnte Umsetzungsbericht zum NAP wurde an das Parlament weitergeleitet und auf der Webseite des BMEIA und des BKA veröffentlicht.
- Der zehnte Umsetzungsbericht wurde auch an alle österreichischen Botschaften und Vertretungsbehörden sowie alle relevanten Abteilungen des BMEIA mit dem Ersuchen weitergeleitet, die Umsetzung des NAP weiter voranzutreiben und über relevante Projekte und Initiativen zu berichten.
- Das BMEIA veröffentlichte im Berichtszeitraum 13 Presseaussendungen und 36 Tweets mit inhaltlichem Bezug zu Resolution 1325.
- Konkrete Anliegen der Zivilgesellschaft wurden im Berichtszeitraum in erster Linie im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des zehnten Umsetzungsberichts geäußert, in dessen Erstellung die Zivilgesellschaft eingebunden war. Das BMEIA stand dabei in direktem Kontakt mit den Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, folgte deren Einladungen zu Treffen zum Informationsaustausch und war darum bemüht, den Anliegen so weit wie möglich Rechnung zu tragen.

1.2 Rekrutierung für internationale Friedensoperationen, Nominierungen für Führungspositionen in internationalen Organisationen und für Wahlbeobachtungen

BMEIA

- Im Berichtszeitraum wurden von Österreich 60 Personen, davon 26 Frauen (43,33%), für Wahlbeobachtungsmissionen in Drittstaaten nominiert. Alle 60 nominierten Österreicherinnen und Österreicher hat das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) tatsächlich in die durchgeführten Wahlbeobachtungsmissionen entsandt.
- Österreich tritt stets für eine gleichberechtigte Beteiligung von Frauen innerhalb der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ein, insbesondere in Leitungsfunktionen, im OSZE-Sekretariat, den OSZE-Institutionen sowie in den OSZE-Feldpräsenzen. Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 25 zivile Personen an die OSZE-Feldpräsenzen sekundiert, davon waren zehn (40%) weiblich.
- Zudem arbeiteten sieben Österreicherinnen und Österreicher, davon vier Frauen (57,14%), in internationalen Vertragspositionen im Sekretariat der OSZE in Wien und den OSZE-Institutionen. Zwei dieser Frauen waren im OSZE-Sekretariat angestellt, eine

arbeitete im ODIHR in Warschau und eine beim OSZE-Beauftragten für die Freiheit der Medien (RFOM).

BMI

- Im Berichtszeitraum waren insgesamt 14 Polizistinnen und Polizisten, davon vier Frauen (28,57 %), in insgesamt vier verschiedenen Krisenmanagementereinsätzen der Europäischen Union (EU) eingesetzt.
- Zur Mission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) hat das BMI eine Polizistin (100 %) im Beobachtungszeitraum entsandt.
- Die Auswahl des eingesetzten Personals erfolgt zur Gänze durch die EU bzw. die Vereinten Nationen (VN). Das bedeutet in der Praxis, dass sich die Polizistinnen und Polizisten im Wege des BMI bei der EU oder den VN in der jeweiligen Mission bewerben. Auf die weitere Personalauswahl dieser beiden internationalen Organisationen hat das BMI keinen Einfluss.
- Bei der UNMIK-Mission der VN im Kosovo war wiederum eine österreichische Polizistin im gesamten Beobachtungszeitraum als Verbindungsbeamtin zur kosovarischen Polizei, zur Rechtsstaatlichkeitsmission der EU im Kosovo (EULEX-Kosovo) und zu anderen internationalen Organisationen im Einsatzgebiet eingesetzt.

BMJ

- Mit Stand 31. Dezember 2019 war eine österreichische Richterin im Ruhestand als Richterin am Sondergerichtshof für Residualaufgaben für Sierra Leone tätig. Eine weitere österreichische Richterin war beim Rote-Khmer-Tribunal in Kambodscha als Richterin eingesetzt.
- Überdies waren zwei österreichische Richteramtswärterinnen dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) zugeteilt, um dessen Verfahrensregeln und vor allem die Rechtsprechung des Gerichtshofes näher kennenzulernen sowie selbst Menschenrechtsbeschwerden zu bearbeiten und für die Entscheidungsfindung vorzubereiten. Darüber hinaus wurde eine österreichische Richterin als nationale Expertin zum EGMR entsendet, die unter anderem mit der Prüfung und Bearbeitung von Menschenrechtsbeschwerden, dem Schriftverkehr mit Beschwerdeführern und der Erstellung von Entwürfen für Urteile, Entscheidungen, Protokolle und Berichte betraut ist.

BMLV

- Im Berichtszeitraum befanden sich pro Monat durchschnittlich 40 Frauen und 1.421 Männer im Auslandseinsatz. Der Höchstwert an entsendeten Frauen belief sich im Oktober auf 56. Somit entsprach der Frauenanteil des insgesamt entsendeten Personals im Durchschnitt 2,76 %.
- Durch die für die Aufbringung verantwortliche Stelle werden laufend die in Frage kommenden weiblichen Unteroffiziere und Offiziere persönlich kontaktiert und für eine derartige Funktion beworben.

- Im Beobachtungszeitraum wurden Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in Auslandseinsätzen durchgeführt. Weiters wurden folgende Maßnahmen, die vor allem der Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie dienen, gesetzt:
 - Die generelle, bedarfsorientierte Genehmigung und Durchführung einer temporären Kinderbetreuung in fünf Bundesländern an 14 Standorten im Juli und August mit insgesamt 19 Gruppen, in denen 488 Kinder betreut wurden;
 - Die Flexibilisierung der Dienstzeit in Form von Gleitzeit;
 - Der Abschluss des Projektes zur Schaffung eines kontinuierlichen Kinderbetreuungsangebotes im Österreichischen Bundesheer (ÖBH) als familienfreundliches Signal an die Bediensteten.
 - In Ergänzung dazu wurde ein kleiner Verband durch das Bundesministerium Wirtschaft, Familie und Jugend zum familienfreundlichen Betrieb zertifiziert.
- Darüber hinaus wurden gezielte Rekrutierungsmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Dienstes für Soldatinnen beim ÖBH gesetzt, mit dem Ziel, den Anteil an Soldatinnen im ÖBH langfristig zu erhöhen. Zu den Maßnahmen zählen unter anderem:
 - Die Veranstaltung von speziellen Schnuppertagen, die jungen Frauen einen Einblick in die Karrieremöglichkeiten beim ÖBH sowie in den Berufsalltag von Soldatinnen und Soldaten bieten sollen. Der einmal im Jahr stattfindende „Girls' Day“ stellt dabei weiterhin den maßgeblichen Ankerpunkt in den Bemühungen des ÖBH zur Gewinnung von Soldatinnen dar. Im Beobachtungszeitraum fand der sogenannte „Girls' Day“ einmal an neun Standorten statt. Daran nahmen 2.376 Frauen teil.
 - Aufbauend auf dem „Girls' Day“ wurden im Beobachtungszeitraum vier „Girls' Camps“ in der Dauer von je drei Tagen mit dem Zweck geplant, den Interessentinnen den Alltag von Soldatinnen und Soldaten näher zu bringen und eine validere Entscheidung bezüglich freiwilliger Meldung für eine Laufbahn als Soldatin zu erreichen. Aufgrund der budgetären Situation konnte dieses Event jedoch im Jahr 2019 nicht durchgeführt werden.
 - Die Veranstaltung von Schnupper- und Karrieretagen für Frauen und Männer, an denen 81 interessierte Frauen teilnahmen sowie die Durchführung von Berufsinformationstagen in den regionalen Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice (AMS), an denen 20 Frauen teilnahmen;
 - Die Schaffung und Weiterentwicklung von österreichweiten Kommunikationsplattformen zur Vernetzung und verbesserten Koordinierung von Soldatinnen. An den Jahrestreffen der Absolventinnen der Landesverteidigungsakademie, der Theresianischen Militärakademie sowie der Heeresunteroffiziersakademie (HUAK) haben im Beobachtungszeitraum insgesamt 57 weibliche Offiziere und Unteroffiziere teilgenommen.

ADA

- Von den fünfzehn entsandten Fachkräften der ADA sind sieben Frauen (46,7%). Davon sind drei als Führungskräfte und eine als stellvertretende Büroleiterin beschäftigt. Eine

Entsandte ist als Teamleiterin im Rahmen eines drittmittelfinanzierten EU-Projektes bei der ADA beschäftigt.

1.3. Training/Code of Conduct

BMEIA

- Seminare über „Gender-Mainstreaming“ und internationale Frauenfragen sind Bestandteil des verpflichtend zu absolvierenden Grundausbildungsprogramms für österreichische Diplomatinen und Diplomaten.
- Die Leiterin des Referates „Internationale Frauenfragen und andere menschenrechtliche Querschnittsfragen“ hielt am 26. Juli einen Vortrag für chinesischen Austauschstudentinnen und Austauschstudenten zum Thema „Women's Empowerment and Gender Equality - Putting UNSC Resolution 1325 and other major international documents into practice“.

BMI

- Die Inhalte von Resolution 1325 fließen im Rahmen mehrerer Ausbildungsmodule im Bereich der generellen Vorbereitung für Auslandseinsätze ein. Im Bereich der missionsspezifischen Ausbildung sowie der unmittelbaren Vorbereitung von Polizistinnen und Polizisten auf eine bestimmte Mission wird wiederholt auf die Inhalte von Resolution 1325 eingegangen.
- Im Berichtszeitraum wurden bei den internationalen Einsätzen, an denen sich das BMI mit der Entsendung von Polizistinnen und Polizisten beteiligt, keine Verhaltensstandards durch österreichische Exekutivbedienstete verletzt.

BMLV

- Seit dem Jahr 2010 werden vom „Swedish Armed Forces International Training Centre“ (SWEDINT) NATO-zertifizierte „Gender Field Advisor“ (GFA)-Kurse für internationale Teilnehmerinnen und Teilnehmer durchgeführt. 2016 wurde die Bezeichnung auf GENAD-Kurse geändert und die Ausbildungsinhalte angepasst. Der GENAD-Kurs ist nunmehr auf die Berater- und Unterstützungsfunktion des GENAD auf taktischer sowie auf operativer Ebene ausgelegt. Durch ein bilaterales Kooperationsprojekt wurde 2011 ebenso ein entsprechendes EU-Ausbildungsprogramm des „European Security and Defence College“ (ESDC) ins Leben gerufen. Die im Anschluss an diese Kurse erfolgende Entsendung von qualifizierten GENAD ermöglicht die Umsetzung einer diversitätsgerechten und insbesondere geschlechterspezifischen Herangehensweise in internationalen Friedenseinsätzen.

- 17 Bedienstete des BMLV, davon sieben Frauen (41%), wurden im Zeitraum 2009 bis Ende 2019 im Rahmen des „SWEDINT GENAD/GFA-Kurs“ ausgebildet. Im Jahr 2019 nahmen eine Bedienstete und ein Bediensteter des BMLV erfolgreich am „SWEDINT GENAD/GFA-Kurs“ teil.

- Zudem nahm ein Bediensteter des BMLV am „SWEDINT Gender Training of Trainers Course“ (GToT) teil.

- Seit 2018 nimmt zudem jährlich ein Offizier des ÖBH am „Key Leader Seminar on Gender Perspectives in Military Operations“ des SWEDINT teil. Dabei richtet sich das Seminar an Entscheidungsträger in höheren Missionskommanden. Im Berichtszeitraum besuchten zwei Offiziere im Dienstgrad Brigadier das Seminar.

- Ein Bediensteter des BMLV besuchte den EU Kurs des ESDC „A Comprehensive Approach to Gender in EU Missions and Operations“.

- Ein Bediensteter des BMLV besuchte den NATO „Gender Training of Trainers Course“ im September am „Center of Security Cooperation“ (RACVIAC) in Kooperation mit dem „Nordic Centre for Gender in Military Operations“ (NCGM) in Rakitje/Kroatien.

- Die weitere Ausbildung von Bediensteten des BMLV zu GENAD sowie zu Trainerinnen und Trainern im Bereich Gender wird fortgesetzt.

- Unter Einbindung von internationalen Gender-Expertinnen und Experten wurde ein spezielles Gender-Ausbildungsmodul „Basics und Gender-Perspektive in militärischen Operationen“ zur Integration der Thematik in die generellen Ausbildungsmaßnahmen für Bedienstete des BMLV entwickelt. Das erarbeitete Ausbildungsmodul wird seit dem Jahr 2012 adäquat in die unterschiedlichen Laufbahn- und Grundausbildungsmaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten sowie zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter integriert. Des Weiteren wurde ein spezielles Gender-Mainstreaming-Einsatzmodul entwickelt, welches flächendeckend im Rahmen der Ausbildungsvorbereitung für Auslandseinsätze zur Anwendung kommt. Für beide Module sind Fernlehrprogramme in der Entwicklungsphase.
- Die aus Resolution 1325 erschießbaren Ziele und Absichten werden auch in bestehenden Lehrveranstaltungen der Offiziers-, Unteroffiziers- und Zivilbedienstetenausbildung thematisiert. Eine durch das BMLV bereits 2011 verfügte Anordnung gibt dabei Vorgaben für die Vermittlung der entsprechenden Inhalte, die ihren Niederschlag in den diesbezüglichen Curricula gefunden hat. Beispielhaft seien die Integration der Thematik in das Modul „Persönlichkeitsbildung“ am Führungslehrgang für Berufsoffiziere an der Theresianischen Militärakademie oder die Vermittlung in Lehrveranstaltungen im Zuge der Berufsunteroffiziers- und der Zivilbedienstetenausbildung an der Heeresunteroffiziersakademie angeführt. Der Schutz und die Rechte von Frauen in internationalen bewaffneten Konflikten werden darüber hinaus ebenso in den Lehrveranstaltungen zum Thema „Humanitäres Völkerrecht“ angesprochen. Darüber hinaus werden genderspezifische Aspekte, die in der nationalen Rechtsordnung verankert sind und einen ressortspezifischen Bezug aufweisen, im Rahmen der ressortbezogenen Rechtslehre angesprochen. Auch im Rahmen von speziellen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen (z.B. Generalstabsausbildung, Stabslehrgang, Einweisung des militärdiplomatischen Personals) werden Teile von Resolution 1325 gesondert und explizit thematisiert. Hier liegt der Schwerpunkt in einer generellen Sensibilisierung zur Gleichstellung mit der Strategie Gender-Mainstreaming; Resolution 1325 ist dabei ein Teilbereich.
- Das im Jahr 2012 vom BMLV in Kooperation mit dem BMEIA, dem BMI und dem BKA entwickelte interdisziplinäre Ausbildungsprogramm für Führungskräfte in Friedensoperationen zum Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten in bewaffneten Konflikten wurde im Berichtszeitraum zwei Mal, im Februar und November, am Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) in

Stadtschlaining durchgeführt. Im Rahmen dieses international angebotenen Kurses wurden seit 2012 bis zum Ende des Berichtszeitraumes insgesamt 307 nationale und internationale Teilnehmerinnen und Teilnehmer, davon 92 Frauen (30%), ausgebildet. Ein Ausbildungsteil des veranstalteten Kurses widmet sich explizit der Rolle von Frauen in bewaffneten Konflikten und dient unter anderem der Vermittlung von Grundkenntnissen zu Resolution 1325 sowie zu den Folgeresolutionen.

- Österreich veranstaltete außerdem zwei Mal jährlich einen internationalen Kurs zur „Security Sector Reform“ am ÖSFK in Stadtschlaining. Ein Ausbildungsteil dieses angebotenen Kurses widmet sich dabei explizit den Genderaspekten bei der Reformierung des Sicherheitssektors und dient unter anderem der Vermittlung von Grundkenntnissen zur Resolution 1325 sowie zu den Folgeresolutionen.
- Im ÖBH gibt es zudem die Möglichkeit, ein vertiefendes zweitägiges Seminarangebot zum Thema „Gleichstellung im Einsatz und im Frieden“ zu absolvieren, welches die Ziele und die Umsetzung von Resolution 1325 explizit zum Thema macht. Dieses Seminar kann von Soldatinnen und Soldaten des Präsenz- und Milizstandes sowie Zivilbediensteten des BMLV besucht werden.
- Derzeit befindet sich ein Trainerpool zum Thema Gleichstellung im kontinuierlichen Aufbau. Ziel ist, eine größere Verbreitung von fachkundigem Personal innerhalb des Ressorts und des ÖBH mit dem Zweck einer vertiefenden Implementierung der Thematik zu ermöglichen.
- Eine Koppelung des Themas Gleichstellung mit vernetzten Themen wie „Protection of Civilians“, „Children and Armed Conflict“ (CAAC), „Conflict Related Sexual and Gender Based Violence“ (CR-SGBV) und „Human Trafficking“ (HT) im Zuge dieser weiterführenden Ausbildung ist mit dem Zweck der Erreichung von Synergieeffekten in Beurteilung. 2019 erfolgten zwei dreitägige Schulungen für „Training of Trainers“. Ziel und Zweck waren die Vernetzung und die Fortbildung des interdisziplinären Trainingspersonals.
- In der Ausbildung im Rahmen einer Einsatzvorbereitung kommen zudem die relevanten Ausbildungsinhalte der nunmehr ebenenbezogenen „Core Pre-Deployment Training Materials“ wie „Code of Conduct“ (Verhaltensregeln), „Child Protection“ (Schutz von Kindern), „Prevention of Sexual Exploitation and Abuse“ (Maßnahmen zum Schutz vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch) und „Gender Equality in Peacekeeping“ (Gleichstellung der Geschlechter in friedenserhaltenden Operationen) zur Anwendung.
- Das ÖBH verfolgt eine Null-Toleranz-Politik in Bezug auf sexuelle Ausbeutung und sexuellen Missbrauch im Rahmen von internationalen Einsätzen; vermutete Verstöße werden disziplinarrechtlich und strafrechtlich verfolgt. Im Beobachtungszeitraum lagen keine Verstöße gegen die Null-Toleranz-Politik betreffend sexuellen Missbrauchs und Prostitution im Rahmen von internationalen Einsätzen durch das entsendete Personal des ÖBH vor. Eine Kampagne gegen sexuelle Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz ist in Planung, wobei die Zweckmäßigkeit einer Koppelung mit Themen wie sexuelle Ausbeutung, sexueller Missbrauch und Prostitution geprüft wird.

ADA

- Im Oktober nahmen rund 40 Personen an einem „Gendertraining“ des ADA-Genderreferats in Kooperation mit dem Referat „Zivilgesellschaft International und Humanitäre Hilfe“ teil. Der Fokus lag auf der Vermittlung von Qualitätssicherungsstandards, insbesondere auch an Partnerorganisationen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) zur Berücksichtigung von Gleichstellungsaspekten in Projekten der OEZA und der humanitären Hilfe.
- Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Traineeprogramm „Wirtschaft und Entwicklung“ das von der ADA, dem Bundesministerium für Finanzen (BMF), der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und der Österreichischen Entwicklungsbank (OeEB) organisiert wurde, wurden im Vorfeld ihrer Entsendung ins Ausland im Hinblick auf Gleichstellungsaspekte sensibilisiert.
- Im Kosovo wurde ein Training für lokale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Partnerorganisationen zur Konfliktsensitivität durchgeführt, in dessen Rahmen auch die Relevanz der Berücksichtigung von Genderperspektive in allen Konfliktphasen beleuchtet wurde.

2. Österreichische Aktivitäten in internationalen und supranationalen Organisationen sowie in bilateralen Kontakten

2.1 Vereinte Nationen

BMEIA

- Zur Unterstützung der Arbeit der VN-Entität für die Gleichstellung und Ermächtigung von Frauen (UN Women) in New York wurde mit Oktober eine österreichische Junior Professional Officer (JPO) entsandt.
- Zur Unterstützung der Arbeit des VN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) in Kairo wurde mit Oktober eine österreichische JPO entsandt.
- Seit 1. März 2013 ist die von Österreich nominierte und im Jahr 2016 für eine zweite Funktionsperiode bis 2021 wiedergewählte Richterin Renate Winter Mitglied des VN-Kinderrechteausschusses (CRC).
- Österreich hat für die Periode 2021-2025 seine Kandidatur für die VN-Frauenstatuskommission (FSK) angemeldet; Wahljahr ist 2020. Der Gruppe der westeuropäischen und anderen Staaten (WEOG) stehen für das Wahljahr 2020 drei Sitze zu.
- Österreich nahm am 8. Februar an einem Arria-Treffen des VN-SR unter dem Vorsitz Deutschlands zum Thema Rechenschaftspflichten für sexuelle Gewalt in Konflikten teil, bei dem vor allem stärkere und systematischere Sanktionen, ein ganzheitlicher und opferzentrierter Ansatz mit dem Fokus auf Reparationszahlungen, gendersensible Trainings und eine stärkere Teilhabe von Frauen in Friedenserhaltenden Operationen (FEO) thematisiert wurden.

- Österreich beteiligte sich aktiv an den Verhandlungen zu den Schlussfolgerungen („agreed conclusions“) im Rahmen der 63. Sitzung der Frauenstatuskommission (FSK), die von 11. bis 22. März in New York zum Schwerpunktthema „Soziale Sicherheit, Zugang zu öffentlichen Leistungen und nachhaltige Infrastruktur für Gleichstellung und Ermächtigung von Frauen und Mädchen“ tagte. Die Delegation stand unter der Leitung von Bundesministerin Juliane Bogner-Strauß. Österreich brachte sich sowohl durch eine nationale Stellungnahme als auch im Rahmen des EU-Beitrags ein und unterstützte die Abhaltung von fünf Nebenveranstaltungen. So wurde u.a. gemeinsam mit Jordanien, dem Women's Peace and Humanitarian Fund (WPHF), der zivilgesellschaftlichen Organisation „Global Network of Women Peacebuilders“ und der ADA eine Nebenveranstaltung zu „Women's economic recovery: A pathway to sustaining peace“ organisiert, bei der Erfahrungsberichte von zivilgesellschaftlichen Organisationen (NGOs) aus Jordanien und Mali bei der Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten von Frauen präsentiert wurden. Im Rahmen einer weiteren Veranstaltung zu „Gender Budgeting“ mit Rumänien und Finnland wurden unterschiedliche nationale Beispiele in diesem Bereich beleuchtet. Im Rahmen der „Freundesgruppe für die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten“ wurde gemeinsam mit der NGO „Reporter ohne Grenzen“ und der NGO „Committee to Protect Journalists und International Women's Media Foundation“ eine Nebenveranstaltung zum Thema „Journalism and the empowerment of women“ organisiert.

- Am 23. April fand im VN-SR eine offene Debatte zu sexueller Gewalt in Konflikten statt, welche sich insbesondere mit Rechenschaftspflichten und Strafverfolgung sowie dem Schutz und der Rehabilitierung von Opfern befasste. Österreich beteiligte sich an den Stellungnahmen der EU sowie der Freundesgruppe zu WPS.

- Am 23. April fand parallel zur Offenen Debatte des VN-SR zu sexueller Gewalt in Konflikten eine von Deutschland, Großbritannien und UN WOMEN organisierte hochrangige Veranstaltung zur Abgabe von Selbstverpflichtungen in Vorbereitung auf das 20. Jubiläum von Resolution 1325 statt. Insgesamt gaben dabei über 70 VN-MS Selbstverpflichtungen ab, die bis zur Offenen Debatte zu WPS im VN-SR im Oktober 2020 umgesetzt werden sollen. Österreich gab dabei folgende interministeriell koordinierte Selbstverpflichtungen ab, mit denen es sein Bekenntnis zur Umsetzung der WPS-Agenda untermauern konnte:
 1. Unterstützung für die Aktivitäten von UN WOMEN, insbesondere im Bereich der fortgesetzten Implementierung von Resolution 1325 und der Nachfolgeresolutionen sowie Finanzierung eines „Junior Professional Officers“ im Büro der stellvertretenden Exekutivdirektorin von UN WOMEN für ein Jahr.
 2. Finanzierung für weitere spezifische Projekte bis zur Summe von 100.000 EUR für die Bekämpfung von sexueller Gewalt gegen Frauen im Rahmen der Implementierung von Resolution 1325.
 3. Zurverfügungstellung von fünf Mio. EUR im Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung für den Zeitraum 2019- 2021.
 4. Aufbauend auf dem österreichischen Beitrag zum WPHF Unterstützung der Beteiligung, Führung und Befähigung von Frauen in Konfliktsituationen und humanitären Krisen; fortgesetzte Beteiligung an den Aktivitäten des WPHF durch aktive Teilnahme am Finanzierungsrat und dem Lenkungsausschuss.

5. Fortgesetzte Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen bei der Umsetzung von Resolution 1325 durch Projekt- und Programmfinanzierung.
 6. In Zusammenarbeit mit dem International Peace Institute (IPI) Abhaltung des „Vienna Seminars“ mit dem Schwerpunkt 20 Jahre Resolution 1325.
 7. Abhaltung des jährlichen Netzwerktreffens der Soldatinnen und Soldaten im Jahr 2020 mit dem Schwerpunkt auf Resolution 1325.
 8. In den Jahren 2019 und 2020 plant Österreich, die Förderung und Ausbildung zu Inhalten von Resolution 1325 innerhalb der österreichischen Streitkräfte zu unterstützen, indem es hochrangige österreichische Beamtinnen und Beamte zur Teilnahme am jährlichen „Key Leader Seminar on Gender Perspectives in military operations“ ins Nordische Zentrum für Genderfragen in Militäroperationen nominiert.
- Österreich nahm auch an der Debatte des VN-SR zum Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten am 23. Mai teil und beteiligte sich mit einer nationalen Stellungnahme sowie im Rahmen von Stellungnahmen der EU und der Freundesgruppe zum Schutz von Zivilpersonen. Dabei wurden insbesondere die dramatischen Auswirkungen von Konflikten auf Frauen und Mädchen betont.
 - Am Rande der hochrangigen Woche der 74. VN-Generalversammlung (VN-GV) nahm Österreich am 27. September an einem Treffen der Kontaktpunkte für Frauen, Frieden und Sicherheit (Focal Points Network on WPS) zum Thema „Towards full participation. Mainstreaming the WPS Agenda in Regional Economic Communities“ teil. Österreich konnte im Rahmen der Veranstaltung eine finanzielle Unterstützung für die Arbeit des WPHF in Uganda durch die ADA in Höhe von 2 Mio. EUR ankündigen.
 - Österreich nahm an der jährlichen Debatte des VN-SR zu Frauen, Frieden und Sicherheit am 25. Oktober unter südafrikanischem Vorsitz teil. Thema der jährlichen Debatte waren die bisherigen Umsetzungserfolge bzw. Lücken im Hinblick auf das zwanzigjährige Jubiläum von Resolution 1325 im Jahr 2020. Wie in den Vorjahren stieß die offene Debatte auf reges Interesse der VN-MS. Österreich beteiligte sich durch eine nationale Stellungnahme sowie im Rahmen von Stellungnahmen der EU und der Freundesgruppe für Frauen, Frieden und Sicherheit. In der nationalen Stellungnahme schilderte Österreich die jüngsten Initiativen, die es in Bezug auf Frauen, Frieden und Sicherheit gesetzt hat: Den österreichischen Beitrag zum WPHF, die Unterstützung der Zivilgesellschaft durch die Planung des globalen Zivilgesellschaftsgipfels zu WPS in Wien im Februar 2020 sowie die anhaltenden Bemühungen, die Frauenquote in friedenserhaltenden Operationen zu erhöhen. Am Rande der jährlichen Debatte organisierte Österreich am 28. Oktober gemeinsam mit dem Sekretariat des WPHF und UN Women eine Nebenveranstaltung zum Thema „365 Days of Action, Investing in Women Peacebuilders and Humanitarian Responders“.
 - Im Rahmen des 2. Komitees der 74. VN-GV setzte sich Österreich aktiv für die Umsetzung der Agenda 2030 – insbesondere die Stärkung der Frauenrechte und Gleichstellung – in zahlreichen Resolutionen ein. Bei den Verhandlungen der zweijährlichen Resolution „Women in Development“ unterstützte Österreich im Rahmen der EU eine prinzipientreue Vorgehensweise der EU, die u.a. dazu führte, eine Schwächung von langjährig akkordierter Sprache inkl. zur Rolle von Frauen im Bereich Frieden und Sicherheit zu verhindern. Im humanitären Bereich setzte sich Österreich im Rahmen der

EU für die Aufrechterhaltung und Stärkung der starken Sprache zum Schutz von Frauen in bewaffneten Konflikten ein, insbesondere bei der Resolution zur Sicherheit von humanitärem Personal und zum Schutz des VN-Personals.

- Im Rahmen des 3. Komitees der 73. VN-GV setzte sich Österreich aktiv für die Stärkung der Frauenrechte, insbesondere in der nationalen Resolutionsinitiative zum Schutz von ethnischen, nationalen, sprachlichen und religiösen Minderheiten ein. Darüber hinaus setzte sich Österreich in weiteren Resolutionen für klare Verweise auf Frauenrechte ein, insbesondere in der Resolution zur Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten (Referenzen zu gender-spezifischen Bedrohungen bzw. dem besonderen Schutz von weiblichen Journalistinnen) sowie in der Resolution zu Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern.
- Im Rahmen des 5. Komitees der 73. VN-GV unterstützte Österreich im Rahmen der Verhandlungen über die Finanzierung politischer Sondermissionen und friedenserhaltender Operationen die Schaffung bzw. Beibehaltung von - häufig umstrittenen - Posten im Gender-Bereich.
- Im Rahmen des 6. Komitees der 74. VN-GV setzte sich Österreich insbesondere im Rahmen der Resolutionsverhandlungen über die strafrechtliche Verantwortung von VN-Bediensteten und Sachverständigen im Auftrag der VN für die Rechte von Frauen ein. Außerdem setzte sich Österreich auch bei der Resolutionsinitiative zur Stärkung internationaler Kooperation zur Unterstützung von Opfern von Terrorismus („Enhancement of international cooperation to assist victims of terrorism“) für die Berücksichtigung von Menschenrechten und insbesondere der Rechte von Frauen bei der Bekämpfung des Terrorismus und des gewalttätigen Extremismus ein.
- Als Mitglied des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen (VN-MRR) seit 1.1.2019 setzte sich Österreich konsequent für die Aufnahme von Sprache zu Resolution 1325 bzw. für das „Mainstreaming“ von Gender-Aspekten ein. Dies einerseits in den Resolutionen zu Ländermandaten wie die vom VN-MRR eingesetzten Mechanismen zur Dokumentierung von Verbrechen im Jemen und zu Syrien und andererseits in thematischen Resolutionen wie zu den Themen „Transitional Justice“ und „Vorbeugung von Genoziden“. Österreich beteiligte sich weiters aktiv an den Verhandlungen zu den Resolutionen zur Beendigung der Diskriminierung von Frauen, zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen und zur Zwangs- bzw. Kinderehe.
- Bei den Staatenüberprüfungen im Rahmen der „Universal Periodic Review“ (UPR) legt Österreich einen Fokus auf Empfehlungen zur Stärkung der Rechte von Frauen und Mädchen weltweit. Die ÖV Genf arbeitet dazu eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen und nimmt regelmäßig deren Vorschläge für vorrangige Maßnahmen auf.
- Im Juni 2019 durchlief Österreich die Staatenprüfung des VN-Komitees für die Beseitigung der Diskriminierung der Frauen (CEDAW). Die aus Vertreterinnen und Vertretern von acht Ministerien sowie der ADA bestehende Delegation wurde vom BMEIA angeführt. Im Staatenbericht sowie beim Dialog mit dem Komitee wurde im Detail erörtert, dass der Kampf gegen Diskriminierung und die Stärkung der Rechte von Frauen und Mädchen in aller Welt seit vielen Jahren ein Schwerpunkt der österreichischen

Außen-, Entwicklungs- und Integrationspolitik ist. Besonderes Augenmerk liege auf der Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt, insbesondere der weiblichen Genitalverstümmelung, dem politischen und wirtschaftlichen Empowerment von Frauen sowie der Umsetzung der Agenda der Vereinten Nationen zu Frauen, Frieden und Sicherheit. Im Bereich des BMEIA wurde insbesondere auf die Bemühungen während des österreichischen EU-Ratsvorsitzes im zweiten Halbjahr 2018 zur EU-Ratifizierung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt („Istanbul-Konvention“) verwiesen und Maßnahmen des BMEIA zur Frauenförderung, insbesondere auch in Leitungspositionen, diskutiert. Abschließend wurden Maßnahmen zur Bekämpfung der Zwangsverheiratung diskutiert.

- In Abrüstungsforen und -verträgen setzt sich Österreich für eine stärkere Berücksichtigung der unterschiedlichen Auswirkungen von Konflikten und spezifischen Waffengattungen auf Frauen und Männer ein. Beispielhaft genannt sei die für Frauen überproportional gesundheitsschädliche Wirkung von nuklearer Strahlung. Ebenso tritt Österreich für eine stärkere Repräsentation und gleichberechtigte Teilnahme von Frauen in diesen Foren ein. In der 74. VN-Generalversammlung (VN-GV) unterstützte Österreich im 1. Ausschuss die gemeinsame Erklärung von 80 Staaten zur Bewusstseinsförderung von Genderperspektiven in der Abrüstung.

BMEIA/BMLV

- Vom 30. Juni bis 12. Juli nahm eine Bedienstete des BMLV am „United Nations Female Military Officers Course“ (FMOC 13) teil, welcher am „Civil-Military Cooperation Centre of Excellence“ (CCOE) in Den Haag/Niederlande stattfand. Der Kurs beruht auf einer Initiative von UN Women und hat die Ausbildung von weiblichen Offizieren in für Einsätze in friedenserhaltenden Missionen geforderten speziellen Fähigkeiten zum Inhalt. Die Teilnehmerinnen trainieren Kommunikationstechniken, werden in zivil-militärischer Koordination ausgebildet und über die Konsequenzen physischer und psychischer Gewalt gegen Frauen bei friedenserhaltenden Missionen unterrichtet. Dabei wird auch auf sexuelle Gewalt und operativer Beratung zu Frauen, Frieden und Sicherheit eingegangen. Es werden Frühwarnsignale von „conflict-related sexual violence“ erarbeitet und Informationsbeschaffung und -gewinnung trainiert, um Risiken, Bedrohungen und potentielle Verwundbarkeiten zu identifizieren.
- Erstmals haben zwei weibliche Bedienstete des BMLV den „United Nations Military Observer Course/Military Expert on Mission“ absolviert: Eine Bedienstete an der Auslandseinsatzbasis des ÖBH und eine Bedienstete am Fincent in Helsinki/Finnland. Dies ist auch hinsichtlich der „Gender Parity Strategy“ der VN und den damit einhergehenden Quoten für Staboffizierinnen und Militärbeobachterinnen zur Erhöhung des Frauenanteils in Auslandseinsätzen ein wichtiger Schritt.
- Von Mai 2018 bis Mai 2019 war eine Bedienstete des BMLV als GENAD bei der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) eingesetzt.

2.2. Europäische Union

BMEIA/BMLV

- Auf EU-Ebene nahm Österreich an der EU-Task Force zur Umsetzung von Resolution 1325 in Brüssel sowohl auf technischer als auch strategischer Ebene aktiv teil. Im Juli konnte der erarbeitete Aktionsplan zur Umsetzung der WPS-Strategie der EU für 2019-2024 dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK) vorgelegt werden, welcher von diesem angenommen wurde. Im Rahmen des PSK brachte Österreich kontinuierlich in verschiedensten Bereichen das Thema Frauen, Frieden und Sicherheit aktiv ein und beteiligte sich an den Diskussionen zum Thema im Juli und November.
- Im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU setzte sich Österreich dafür ein, dass dem Thema Frauen, Frieden und Sicherheit in allen GSVP-Missionen und Operationen verstärkte Bedeutung eingeräumt wird. Dazu zählt u.a. die Erhöhung des Frauenanteils in GSVP-Missionen und Operationen, insbesondere in Führungspositionen, die Integration einer Geschlechterperspektive in Einsatzpläne, Berichte und andere Missions- und Operationsdokumente sowie die Berücksichtigung des Themas in Ausbildungsplänen von GSVP-Missionen und Operationen mit Mandat zur Ausbildung von Streitkräften, Polizeieinheiten oder Personen aus der öffentlichen Verwaltung.
- Während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2018 war ein „Civilian CSDP Compact“ zur Stärkung der zivilen GSVP erarbeitet worden, der darauf abzielt, die Effektivität der zivilen GSVP-Missionen zu verbessern sowie mit den nötigen Fähigkeiten auszustatten, um effektiver auf aktuelle Herausforderungen wie irreguläre Migration, organisiertes Verbrechen und Terrorismus reagieren zu können. Die Integration einer Geschlechterperspektive in alle Aktivitäten der Missionen und Operationen sowie die volle Berücksichtigung von Resolution 1325 und Folgeresolutionen in der Planungs- und Operationsphase von Missionen und Operationen wurden als strategische Richtlinien im Dokument festgelegt. Aufbauend auf diesem „Civilian CSDP Compact“ unterstützt Österreich nachdrücklich die Integration einer Geschlechterperspektive in alle Aktivitäten, insbesondere der zivilen GSVP-Missionen.
- Ein Bediensteter des BMLV absolvierte den ESDC Kurs „A Comprehensive Approach to Gender in EU Missions and Operations“ welcher u.a. eine Voraussetzung für eine Tätigkeit als GENAD in GSVP-Missionen und Operationen darstellt.
- Eine Bedienstete des BMLV wurde als „Human Rights and Gender Advisor“ (GENAD) in der EU Trainingsmission EUTM Mali eingesetzt. Damit wurde der GENAD EUTM Mali erstmalig durch das ÖBH besetzt.

2.3. OSZE

BMEIA

- Österreich unterstützt weiterhin die Bestrebungen, die Anzahl der hauptamtlichen „Gender Adviser“ (GENAD) an den Feldpräsenzen der Organisation zu erhöhen. Die Berücksichtigung der Zielsetzung von Resolution 1325 ist auch bei der finanziellen Unterstützung von OSZE-Projekten durch Österreich ein Anliegen. Viele der durch Österreich unterstützten OSZE-Projekte verfolgen einen „Gender-Mainstreaming“-

Ansatz. Zudem unterstützte Österreich im Beobachtungszeitraum spezifische Projekte zur verbesserten Umsetzung von Resolution 1325 in der OSZE-Region, u.a. ein Projekt zur Verbesserung der raschen Identifizierung von Fällen von Menschenhandel unter Migrantinnen und Migranten und Flüchtlingen mit Schwerpunkt auf unbegleiteten Minderjährigen und Frauen („Combating Human Trafficking along Mediterranean Migration Routes“).

BMEIA/BMLV

- Im Rahmen des Informationsaustausches zum OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten hat Österreich so wie in den Vorjahren auch im Jahr 2019 am freiwilligen Informationsaustausch mit Teilnehmerstaaten der OSZE zur Umsetzung von Resolution 1325 teilgenommen. Dabei wurde über die Zielsetzungen und Maßnahmen des Nationalen Aktionsplans sowie die Erstellung des 10. Umsetzungsberichts informiert. Zum ÖBH wurden spezifischen Maßnahmen zur Umsetzung der Resolution 1325 bei der Ausbildung und der Einsatzvorbereitungen erwähnt. Weiters wurden in diesem Zusammenhang auch die Aktivitäten und das Engagement bei internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen angeführt. Insbesondere werden hier österreichische Vorschläge im Rahmen der VN, der Partnerschaft für den Frieden/NATO und der OSZE aufgeführt.
- Darüber hinaus übermittelte Österreich auf Anfrage von ODIHR einen Bericht zur Umsetzung von Resolution 1325 innerhalb der nationalen Streitkräfte. Eine Zusammenfassung aller nationalen Beiträge soll vor allem bestehende Unterschiede für Frauen und Männer in den Streitkräften der teilnehmenden Staaten (tS) der OSZE aufzeigen und bei der Implementierung ihrer Verpflichtungen in den Bereichen Geschlechtergleichstellung sowie Partizipation von Frauen in friedens- und sicherheitsfördernden Aktivitäten unterstützen.

2.4. NATO/EAPC/PfP

BMEIA/BMLV

- Bereits seit 2013 bringt Österreich sich maßgeblich in die NATO-Policy zum Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten („Protection of Civilians“, PoC) ein. Die NATO hat diese beim NATO-Gipfel in Warschau im Juli 2016 angenommen. In weiterer Folge nahm Österreich auch aktiv an der Ausgestaltung des Aktionsplans, der im Februar 2017 finalisiert wurde, sowie am Militärkonzept und dem Fortschrittsbericht teil. Des Weiteren leistet Österreich mit der Bereitstellung eines „Voluntary National Contribution“ (VNC)-Mitarbeiters aus dem BMLV, der direkt der Sonderbeauftragten unterstellt ist, einen Beitrag zum Büro für Frauen, Frieden und Sicherheit.
- Auf Anfrage des „NATO-Committee on Gender Perspectives“ (NCGP) erstellt Österreich Jahresberichte zur Umsetzung von Resolution 1325 innerhalb der nationalen Streitkräfte. Dieser Bericht wird in der Zusammenfassung der nationalen Berichte von NATO Mitglieds- und Partnerstaaten zum NCGP veröffentlicht. Diese Zusammenfassung soll vor allem bestehende Unterschiede für Frauen und Männer in den Streitkräften der NATO Mitglieds- und Partnerstaaten und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, um diese zu beseitigen.

- In den Jahren 2011 bis 2013 wurden seitens des BMLV „Gender Advisors“ (GENAD) als Beraterinnen und Berater des Kommandanten der Friedensmission „Kosovo Force“ (KFOR) entsendet. Mit Anfang 2015 wurde ein GENAD erneut durch das BMLV entsandt. Vom 25. November 2016 bis 29. Dezember 2017 wurde diese Funktion durch das BMLV besetzt und seit Jänner 2019 wieder vom BMLV übernommen. Seit Jänner 2019 wurde diese Position erneut vom BMLV übernommen.
- Auf Anfrage Bosniens und Herzegowinas unterstützt das BMLV seit dem Jahr 2014 durch einen österreichischen Stabsoffizier das „Peace Support Operations Training Center“ (PSOTC) – ein durch die NATO akkreditiertes Ausbildungszentrum. Der Stabsoffizier ist als Fachexperte im Bereich der Umsetzung von Resolution 1325 bei der Durchführung diverser NATO- und VN-Kurse eingesetzt. Kursinhalte sind beispielweise die Bedeutung von Genderfragen beim Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten.

ÖV NATO

- Die ÖV NATO hat sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten als NATO-Partner entsprechend in Aktivitäten rund um Resolution 1325 eingebracht.
- Im aktuellen Entwurf des „Individual Partnership and Cooperation Programme“ (IPCP) für 2016-2017 zwischen Österreich und der NATO, das von BMEIA und BMLV unter Beteiligung der Österreichischen Vertretung (ÖV) NATO und der Militärvertretung Brüssel ausgearbeitet wurde, wird konkret auf Resolution 1325 Bezug genommen. Hierbei wird darauf hingewiesen, dass die Zusammenarbeit zwischen Österreich und der NATO unter Berücksichtigung auf der Stärkung von „Gender-Mainstreaming“ in Sicherheitspolitik und Krisenmanagement aufbaut.
- Für den NATO-Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Juli 2018 wurde die NATO-Politik zu Frauen, Frieden und Sicherheit sowie der dazugehörige Aktionsplan überarbeitet. Österreich war in den entsprechenden NATO-Gremien stets aktiv eingebunden. Beide Dokumente sind auf der Homepage der NATO öffentlich zugänglich. Die überarbeitete Politik baut auf den „3 I“ auf: (1) Integration, um sicherzustellen, dass Gleichstellung der Geschlechter als wesentlicher Bestandteil von NATO-Politiken, -Programmen und -Projekten betrachtet wird; (2) Inklusivität, als Förderung der Erhöhung der Teilnahme von Frauen in der NATO und den nationalen Streitkräften sowie (3) Integrität, als Verbesserung der Rechenschaftspflicht. In 2019 folgte die entsprechende Implementierung der im Aktionsplan festgelegten Aktivitäten, bei der die ÖV NATO im Rahmen ihrer Möglichkeiten mitwirkte und sich bei der Diskussion des Umsetzungsberichts im Komitee beteiligte.
- Die ÖV NATO nahm aktiv an der Jahreskonferenz des „NATO Committee on Gender Perspectives“ teil, die von 4. bis 7. Juni am NATO-Hauptsitz in Brüssel stattfand. Das Thema der Konferenz war „Integrating Gender Perspective and Accountability: Top-down versus Bottom-up Approach“. Die Konferenz setzte sich zum Ziel, mehr Integration von Geschlechterperspektiven in den Streitkräften zu realisieren, insbesondere die Rolle der strategischen militärischen Führung, historisches Engagement der NATO für Gender in militärischen Operationen sowie Erfolge und Herausforderungen von Gender Advisors bei der Umsetzung auf taktischer Ebene.

- Österreich nahm regelmäßig an den von der Sonderbeauftragten oder NATO-Alliierten veranstalteten „Friends of 1325“-Treffen zum Thema Frauen, Frieden und Sicherheit sowie „Friends of Children and Armed Conflict (CAAC)“-Treffen teil. Dabei wurden in informellen Treffen die Fortschritte und weitere Anstrengungen im Bereich von Resolution 1325 diskutiert. Im Rahmen der Freundesgruppen wurde der ÖV NATO auch die von der NATO beim „Leaders Meeting“ in London im Dezember 2019 schlussendlich neu verabschiedete Politik zu „Sexual Exploitation and Abuse“ (SEA) nähergebracht.
- Am 8. März, anlässlich des Internationalen Weltfrauentags, nahm Österreich an einer Sitzung des Nordatlantikrats der NATO teil, die sich speziell dem Thema Frauen, Frieden und Sicherheit widmete. Dabei wurde die große Wichtigkeit des Themas innerhalb der NATO festgehalten und betont, dass es sowohl auf politischer als auch militärischer Ebene mitberücksichtigt wird.
- Mitte 2019 wurden die neuen Terms of Reference (ToR) für das „Civil Society Advisory Panel (CSAP) on Women, Peace and Security“ verabschiedet. Im Herbst 2019 erfolgte dann die Zusammenstellung eines neuen CSAP-Teams, das sein erstes Zusammentreffen von 12. bis 14. November 2019 in Brüssel hatte. Während des CSAP-Treffens hatte die ÖV NATO die Gelegenheit mit den CSAP-Mitgliederinnen zusammenzuarbeiten, und zwar am 12. November im Rahmen eines Netzwerktreffens zum Austausch zwischen dem CSAP und NATO-Alliierten und Partnernationen sowie am 14. November im Rahmen eines Workshops für Expertinnen und Experten zu „Gendered Early Warning Indicators“.
- Bereits seit 2013 bringt Österreich sich maßgeblich in die NATO-Politik zum Schutz von Zivilisten (Protection of Civilians, PoC) ein. Die NATO beschloss die entsprechende Politik beim NATO-Gipfel in Warschau im Juli 2016, im Februar 2017 folgten Militärkonzept und Fortschrittsbericht.
- Zusätzlich zu den bereits genannten Schwerpunktthemen nahm die ÖV NATO über das gesamte Jahr hinweg an diversen themenspezifischen Veranstaltungen der NATO im Bereich Frauen, Frieden und Sicherheit über das gesamte Jahr hinweg teil. Darunter fallen u.a. die NATO „Gender Advisors Conference“ im Jänner 2019, ein Workshop zu Frauen, Frieden und Sicherheit im Sicherheits- und Verteidigungsbereich, Nationale Aktionspläne und „Best Practices“ im Juni 2019, einem Joint Workshop zu „Gender Inclusive Language“ im Juli 2019 sowie dem Auftakt des „Proud Committee“, das das Thema „Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender“ (LGBTI) in Streitkräften ins Zentrum rückte.
- Nach dem ersten NATO-Partnerschaftssymposium in Berlin/Deutschland im Jänner 2018 wurde der informelle Austausch zwischen NATO-Alliierten und Partnerstaaten im Juni 2019 in Chania/Griechenland fortgesetzt. Während das grundlegende Ziel des Symposiums darauf ausgelegt ist, die Zusammenarbeit zwischen der NATO und ihren unterschiedlichen 41 Partnernationen zu analysieren und zu stärken, wurde im Jahr 2019 ein expliziter Fokus auf das Thema humanitäre Sicherheit (darunter auch Frauen, Frieden und Sicherheit) gelegt. Dieser verstärkte politische Dialog zu dem Thema soll auch beim kommenden Partnerschaftssymposium 2020 fortgeführt werden.

2.5. OECD

- Österreich übernahm mit Irland und dem Vereinten Königreich den Ko-Vorsitz des „Development Assistance Committees (DAC)/ PSEA Reference Group“, einer Arbeitsgruppe, die zur Entwicklung des ersten internationalen Standards zur Beendigung

sexueller Ausbeutung, von Missbrauch und sexueller Belästigung („sexual exploitation and abuse“, SEA) in der Entwicklungszusammenarbeit und der Humanitären Hilfe gegründet wurde. Im Juli wurde der vorgelegte Text für die OECD DAC Empfehlung vom OECD- Entwicklungskomitee angenommen.

2.6 Bilaterale Kontakte

BMEIA

- Im Rahmen ihrer bilateralen Kontakte mit Staaten in Konflikt- und Postkonfliktsituationen setzten sich hochrangige österreichische Vertreterinnen und Vertreter regelmäßig für die Umsetzung von Resolution 1325, einschließlich der Partizipation von Frauen in Friedensprozessen, ein.
- Die österreichischen Botschaften und Vertretungen setzten im Berichtszeitraum diverse Aktivitäten, einschließlich Treffen mit der Zivilgesellschaft und mit Frauenorganisationen, zur Förderung der Ziele von Resolution 1325. Eine beispielhafte Liste derartiger Aktivitäten liegt diesem Bericht als Anhang 2 bei.
- Österreich setzte sich sowohl im Rahmen von bilateralen Kontakten als auch in relevanten internationalen Foren (z.B. Universal Periodic Review (UPR) des VN-MRR) fortlaufend für die universelle Ratifizierung von relevanten völkerrechtlichen Übereinkommen (z.B. VN-Frauenrechtskonvention (CEDAW), Kinderrechtskonvention, Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofes) ein.

BMLV

- Seitens des BMLV wird im Rahmen von militärdiplomatischen Konsultationen regelmäßig auch die Weiterentwicklung des gemeinsamen Dienstes von Frauen und Männern in den Streitkräften thematisiert. Dabei werden auch die Umsetzung von Resolution 1325 und diesbezüglich erforderliche Umsetzungsaktivitäten mit bilateralen Partnerinnen und Partnern angesprochen.

3. Aktivitäten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit

BMEIA/ADA

- Die OEZA setzt sich auf strategischer Ebene für die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern, für individuelle Selbstbestimmung durch gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen und politischen Leben sowie für die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung von Frauen ein.
- Das Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2019-2021, das am 19. September 2018 vom Ministerrat angenommen wurde, legt fest, dass die Förderung von Frauen in der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit vorrangig in den Bereichen Gesellschaft, Gesundheit, Schutz in bewaffneten Konflikten, wirtschaftliche Selbstermächtigung, Bildung und Mitsprache im öffentlichen Leben umgesetzt werden soll. Einer der fünf thematischen Schwerpunkte des Programms ist „inklusive Gesellschaften bilden und Frauen fördern“ – was den nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) 5, 10, 16 und 17 entspricht. Dabei gehört zu den obersten Prioritäten, den „EU Gender Action Plan II“ umzusetzen und die Rolle von Frauen in Friedensprozessen durch Umsetzung von Resolution 1325 zu stärken.

- In gleichem Maß nimmt der „Strategische Leitfaden Sicherheit und Entwicklung“, der vom Ministerrat am 4. Oktober 2011 angenommen worden war, auf Resolution 1325 Bezug. Die Förderung von Frauen in Konflikt- und Friedensprozessen, vor allem ihre wichtige Rolle bei der Mediation und Transformation von Konflikten ist eines von drei gesamtstaatlich akkordierten thematischen Handlungsfeldern.
- Die OEZA unterstützt daher eine Vielzahl an Initiativen, die durch systematisches „Gender-Mainstreaming“ sowie durch gezielte Maßnahmen zur Selbstermächtigung von Frauen auf struktureller und individueller Ebene als Präventionsmaßnahmen in den Partnerländern zu bewerten sind. Die Umsetzung von Resolution 1325 ist dabei eines der Schwerpunktthemen. Im Jahr 2018 wurden 79,3% der Programme und Projekte mit einem OECD-Gendermarker 1 oder 2 bewertet., für den Berichtszeitraum liegen noch keine validierten Daten vor.
- Folgende Projekte tragen besonders zur Umsetzung der Resolution 1325 bei:
 - Mit Beiträgen an den Women's Peace and Humanitarian Fund (WPHF) werden zivilgesellschaftliche Projekte gefördert. Als größter Geber sitzt Österreich im Vorstand des Fonds. Die lokale Koordinierung übernehmen VN-Organisationen wie UN Women, der VN Bevölkerungsfonds (UNFPA) sowie das VN-Entwicklungsprogramm (UNDP). Die durch den Fonds ausgewählten Projekte unterstützen nationale Strategien, Finanzierungs- und Kontrollmechanismen für die Operationalisierung der Verpflichtungen im Bereich Frauen, Frieden und Sicherheit sowie die Etablierung von geschlechterspezifischen nationalen und regionalen Konfliktverhütungssystemen. Lokale zivilgesellschaftliche Organisationen tragen zum Beispiel im Irak zur Ausarbeitung, Umsetzung und Bewertung der nationalen Aktionspläne bei, um die Beteiligung von Frauen an Konfliktverhütungsmaßnahmen zu stärken. In Uganda werden lokale Organisationen bei der Umsetzung des dritten Nationalen Aktionsplans in zehn Distrikten Ugandas gefördert.
 - Die ADA unterstützt diese zivilgesellschaftlichen Frauenrechtsorganisationen über den WPHF mit jeweils 2.000.000 EUR im Irak im Zeitraum 1. Dezember 2018 bis 31. Dezember 2020 und in Uganda von 01. November 2019 bis 31. Oktober 2021. Darüber hinaus wird das Programm des WPHF in Afrika in der Höhe von 430.000 EUR für technische Expertise von 1. Dezember 2019 bis 31. Dezember 2022 gefördert.
 - Mit dem Projekt „Local, National and Regional Strategies to Improve the Implementation of UNSCR 1325 in Armenia, Azerbaijan, Georgia, Moldova and Ukraine“ unterstützt die ADA ein Vorhaben des „Global Network of Women Peacebuilders“ (GNWP). Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft sowie die jeweiligen Regierungen arbeiten auf nationaler und lokaler Ebene zusammen, um die Umsetzung von Resolutionen 1325 und deren Folgeresolutionen in den genannten Ländern voranzutreiben. Für den Zeitraum 2017-2019 erfolgte dabei eine Unterstützung von 723.000 EUR. Seit 1. Oktober wird eine weitere Phase dieses Programmes gefördert und geographisch um die Länder Kenia, Uganda und Süd-Sudan erweitert. Unter dem Titel „Local Communities build and sustain peace: Strengthening women and youth participation in building sustainable peace in Armenia, Azerbaijan, Georgia, Kenya, Moldova, South Sudan, Uganda and Ukraine“ soll die Anerkennung von Frauen als Friedensakteurinnen mit Mitspracherechten in Friedensbildungsprozessen sichergestellt werden. Zudem sollen sich Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in acht

Ländern zur Umsetzung internationaler Vorgaben verpflichtet. Die Einbindung von Journalistinnen und Journalisten zur Förderung der Frauen, Frieden und Sicherheitsagenda in diesen Ländern soll verbessert werden und die Vernetzung auf lokaler, nationaler, regionaler und überregionaler Ebene erreicht werden, wobei der Einbindung Jugendlicher als Akteure für den Frieden eine zentrale Bedeutung beigemessen wird. Durch das Projekt sollen 890 Personen direkt und mehr als 40.000 indirekt erreicht werden, wobei das Programm im Zeitraum zwischen 1. Oktober 2019 und 30. September 2022 mit einem Beitrag von 1.000.074 EUR unterstützt wird.

- In West- und Norduganda werden durch die strategische Partnerschaft mit CARE Österreich „Resilienz von Frauen und Jugendlichen stärken“ Frauen, Mädchen und Jugendliche gefördert, um wirtschaftlich eigenständig zu sein und weniger gefährdet, Opfer von sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt zu werden. Psychosoziale Unterstützung für Überlebende von Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung sowie anwaltschaftliche Arbeit sollen dazu beitragen, relevante internationale, regionale und nationale Rahmenvereinbarungen für den Schutz von Rechten und ein Leben ohne Gewalt für Frauen und Mädchen umzusetzen. Das Programm unterstützt 33.500 Frauen und Mädchen sowie 11.500 Männer und Burschen und 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von nationalen Dienstleistungsanbietern gegen geschlechtsbasierte Gewalt sowie 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von gemeindebasierten Organisationen mit einem Beitrag von 1.900.000 EUR im Zeitraum von 1. April 2019 bis 31. März 2024.

- Mit dem Beitrag zum „Programme to accelerate the implementation of the women’s peace and security agenda for better conflict prevention and peacebuilding in the Sahel region“ von UN Women soll nachhaltiger Frieden durch eine erhöhte Teilnahme von Frauen zur Prävention von und gegen gewalttätigen Extremismus erreicht werden. Das Programm stärkt die Rechte und Führungschancen von Frauen und fördert die Anwendung von gendersensiblen Ansätzen bei der Reform des Sicherheitssektors in vier der G5-Sahel Länder, Mauretanien, Mali, Niger, Burkina Faso und Tschad. Die ADA unterstützt das Programm mit einem Beitrag von 1.000.000 EUR im Zeitraum von 1. November 2019 bis 31. Oktober 2021.

- Mit der Unterstützung des Projekts von UN Women „POWER – Women’s Empowerment Program in the Horn of Africa region“ sollen Frauen und Mädchen bei der Inanspruchnahme von Rechten auf qualitativ hochwertige sexuelle, reproduktive Gesundheitsdienstleistungen unterstützt werden, mit einem Fokus auf Flüchtlingscamps und Gastgemeinden in Ostafrika. In der Gambella-Region in Äthiopien sollen 13.600 Frauen und Mädchen sowie deren Familien und in der Region West Nile in Uganda 12.000 jugendliche Mädchen und Frauen im reproduktiven Alter als direkte Zielgruppe erreicht werden. Das Programm wird von 1. November 2019 bis 31. Oktober 2021 mit einem Beitrag von 1.435.281 EUR unterstützt.

- Durch den Beitrag zum Projekt „MINUSMA – Contribution to the UN Trust Fund in Support of Peace and Security in Mali“ unterstützt die ADA die „United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali“. Der österreichische Beitrag fokussiert sich auf die Grenzregion zu Burkina Faso, wobei es um den Wiederaufbau von Institutionen nach Konflikten, sozioökonomische Rehabilitation und Reintegration geht. Besonderes Augenmerk wird auf die Rolle von Frauen und Jugendlichen im Friedensprozess und die Stärkung von Resilienz gelegt. Für den Zeitraum 2017-2020 erfolgt eine Unterstützung in der Höhe von 650.000 EUR.

- Mit dem Projekt „Further Advancing Women’s Rights in Kosovo“ wurden in Kooperation mit dem „Kosovo Women’s Network“ (KWN) die Rechte und Interessen von Frauen und Mädchen in Kosovo durch Kapazitätsentwicklung von zivilgesellschaftlichen Frauenorganisationen und Beamtinnen und Beamten auf nationaler und Gemeindeebene gefördert. Dabei wurde das Bewusstsein von Beamtinnen und Beamten sowie Bürgerinnen und Bürgern zu geschlechterbasierter Gewalt gestärkt und Überlebenden anwaltschaftliche Unterstützung geboten. Für den Zeitraum 2018-2020 erfolgt dabei eine Unterstützung in Höhe von 500.000 EUR.

- Das Projekt „Contribution to UNDP's Iraq Crisis Response and Resilience Programme (ICRRP)“ zielt hauptsächlich darauf ab, die Resilienz während des anhaltenden Konflikts im Irak zu stärken. Die Maßnahmen zielen auf effektivere Koordinierung der Krisenbewältigung auf Regierungsebene, die Verbesserung von Basisleistungen und der Lebensgrundlage der betroffenen Bevölkerung ab. Dazu gehören auch Aktivitäten, die für geschlechterbasierte Gewalt sensibilisieren sollen sowie Maßnahmen, die die Partizipation von Frauen in Wiederaufbauaktivitäten und Kapazitätsentwicklung sicherstellen. Für den Zeitraum 2017-2019 wurde eine Unterstützung in der Höhe von 2.000.000 EUR bereitgestellt.

Anhang 1: Auswahl von Presseaussendungen mit Bezugnahme auf Frauenthemen (13) und Tweets (36) des BMEIA. Weiters gab es 13 „Stories“ auf Instagram und 50 Facebook-Einträge zu Frauenthemen.

16. Jänner 2019: Karin Kneissl: „Integrationsarbeit muss bei kulturell bedingter Gewalt gegen Frauen ansetzen“

Anlässlich mehrerer besorgniserregender Fälle von Gewalt an Frauen in Österreich luden Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres Karin Kneissl, Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend Juliane Bogner-Strauss und Staatssekretärin im Innenministerium Karoline Edtstadler zu einer gemeinsamen Pressekonferenz unter dem Thema "Gewalt- & Opferschutz – Maßnahmen der Bundesregierung für mehr Frauensicherheit".

Bundesministerin Karin Kneissl unterstrich die Tatsache, dass laut UN-Women Statistik 2018 jede dritte Frau weltweit physischer Gewalt ausgesetzt sei: "Wir erleben eine Gewaltwelle gegen Frauen. Seit Herbst 2015 warne ich davor und es ist ein Faktum, dass wir ohne die Migrationskrise vom Sommer 2015 nicht diese Form von Gewalt an Frauen hätten". Ein vollkommen anderes Frauenbild, eine andere Sozialisierung und ein anderer Zugang zu Werten hätten dazu beigetragen. Die verpflichtenden Wertekurse habe man für Männer und Frauen gleichermaßen umgesetzt. Frauen sollen als positives Rollenbild bei der Integration von Familien fungieren.

"In den Werte- und Orientierungskursen werden wir noch stärker als bisher über die Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts der Frauen, die Gleichberechtigung und die Gewaltfreiheit aufklären. Mit den zusätzlichen Mitteln über eine Million Euro werden wir Projekte fördern, die den von Gewalt, wie vor allem auch von weiblicher Genitalverstümmelung betroffenen Frauen direkt zugutekommen."

<https://www.BMeiA.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2019/01/karin-kneissl-integrationsarbeit-muss-bei-kulturell-bedingter-gewalt-gegen-frauen-ansetzen/>

6. Februar 2019: Karin Kneissl: „Weibliche Genitalverstümmelung ist eine schwere Form der Körperverletzung.“

Außen- und Integrationsministerium unterstützt Maßnahmen gegen weibliche Genitalverstümmelung im In- und Ausland

Der Internationale Tag gegen weibliche Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation/FGM) erinnert daran, dass weltweit rund 200 Millionen Mädchen und Frauen von weiblicher Genitalverstümmelung betroffen sind. Gewalt gegen Frauen und Mädchen stellt eine der häufigsten Menschenrechtsverletzungen weltweit dar.

„Diese archaische Form der Gewalt geschieht im Verborgenen. Wir brauchen einen eigenen Tatbestand im Strafrecht, um gegen diese schwere Form der Körperverletzung vorzugehen. Im Rahmen der Taskforce zur Strafrechtsreform von Staatssekretärin Karoline Edtstadler setzen wir uns dafür ein“ so Außenministerin Karin Kneissl.

Die OEZA hat im letzten Jahr insgesamt € 1,2 Mio. zur Förderung von einschlägigen Projekten in Äthiopien und in Burkina Faso bereitgestellt. Anlässlich des heutigen Internationalen Tages gegen FGM kündigte Außenministerin Karin Kneissl eine weitere Unterstützung im Ausmaß von € 5 Mio für den internationalen Kampf gegen FGM an.

„Mit diesen Mitteln wollen wir in den kommenden 3 Jahren einen Beitrag zum international wichtigsten Programm, dem Joint Programme on Female Genital Mutilation vom Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) und des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) leisten“ so die Außenministerin.

Zudem sind allein in Österreich Schätzungen zufolge rund 8.000 Frauen mit Migrationshintergrund von FGM betroffen.

„Um diese Gewalt gegen Frauen zu stoppen, braucht es im In- und Ausland Maßnahmen zur Unterstützung der Opfer sowie präventive Aufklärungsarbeit“ so Karin Kneissl.

Im Rahmen der Integrationsarbeit fördert das BMEIA bereits seit vergangenem Jahr das Projekt FEM Süd, um wichtige Unterstützung für Betroffene zu leisten sowie präventiv einer Verbreitung von FGM entgegenzuwirken. Vom Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) werden zudem aktuell zusätzlich 1 Million Euro für „Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen im Kontext von Integration und gegen weibliche Genitalverstümmelung (FGM)“ im Rahmen eines Förderauftrags zur Verfügung gestellt. Damit soll u. a. eine verstärkte Hilfestellung für gefährdete und betroffene Frauen und Mädchen, aber auch eine breite Diskussion zu Formen von kulturell bedingter Gewalt an Frauen, erreicht werden.

<https://www.BMeiA.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2019/02/karin-kneissl-weibliche-genitalverstuemmung-ist-eine-schwere-form-der-koerperverletzung/>

22. Februar 2019: Karin Kneissl macht Halt in Nepal

Das zweite Land der Südasienreise von Außenministerin Karin Kneissl war der Himalaya-Staat Nepal

Nach ihrem Aufenthalt in Bangladesch standen auch in der nepalesischen Hauptstadt Kathmandu hochrangige bilaterale Treffen auf dem Programm von Karin Kneissl. Die Außenministerin traf neben ihrem Amtskollegen Kumar Gyawali auch den nepalesischen Premierminister Prasad Oli. Im Fokus der Gespräche standen das 60-Jahr-Jubiläum der bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Nepal, die Entwicklungszusammenarbeit und der Ausbau der wirtschaftlichen Aktivitäten in den Bereichen Tourismus, Energie und Infrastruktur.

„Nepal bietet österreichischen Klein- und Mittelbetrieben vielerlei Möglichkeiten.“ betonte Karin Kneissl.

Da das Land wie Österreich von Bergen geprägt ist, haben sich auch bereits Firmen wie der Liftbauer Doppelmayr oder der im Bereich Wasserkraft engagierte Maschinenbaukonzern Andritz in Nepal etabliert. Für die Zukunft des Landes ist laut der Außenministerin ein verlässlicher "Energie-Mix" aus verschiedenen Quellen unerlässlich.

Auf der Agenda standen in Nepal auch Besuche von Projekten, die in Kooperation mit der OEZA umgesetzt werden. In Kathmandu besichtigte Karin Kneissl den Patan Durbar Palast und Museum, dessen Renovierung nach Erdbebenschäden mit Mitteln der OEZA unterstützt wird. Die Außenministerin sprach dem Projekt ab dem kommenden Jahr weitere 120.000€ für die aufwändigen Restaurierungsarbeiten zu. Auch der historische „Garden of Dreams“ wird seit 2000

mit österreichischen Mittel revitalisiert. Beide Projekte sind Ausdruck der sehr guten kulturellen Zusammenarbeit der beiden Länder.

Während des Aufenthaltes in Kathmandu hatte die Außenministerin auch die Gelegenheit, einen Austausch mit nepalesischen Frauenbewegungen zu führen. So traf Karin Kneissl in Nepal Vertreterinnen der auf „Women's empowerment“, spezialisierten NGO „The Story Kitchen“ sowie Vertreterinnen des Frauen-Rehabilitationszentrums WOREC.

<https://www.BMeiA.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2019/02/karin-kneissl-macht-halt-in-nepal/>

26. Februar: Letzter Stopp der Südasienreise: Karin Kneissl in Indien

Den Abschluss der Reise in die Schwerpunktregion bildeten zwei Tage in New Delhi

In der Hauptstadt des 1,4-Milliarden-Landes Indien traf Außenministerin Karin Kneissl zunächst ihre Amtskollegin Sushma Swaraj zum bilateralen Arbeitsgespräch. Die Außenministerinnen diskutierten über globale Themen wie Migration und Terrorismus und thematisierten auch den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Mit einem Wachstum von 7,4 % war Indien im Jahr 2018 die weltweit am schnellsten wachsende Volkswirtschaft und bietet zahlreiche Chancen für österreichische Unternehmen.

Am zweiten Tag ihres New Delhi-Besuchs sprach die Außenministerin mit Vertretern der indischen NGO „Chhany – Acid Survivors“, welche sich für Frauen einsetzt, die Opfer von Säureattacken geworden sind. Viele dieser Frauen, meist angegriffen vom eigenen Partner, sind entstellt und finden keinen Anschluss in der indischen Gesellschaft. 2016 gab es in Indien 330 bekannte Fälle, die Dunkelziffer beträgt jedoch möglicherweise mehr als das Dreifache.

Mit Repräsentanten der außenpolitischen Think-Tanks Carnegie India und Brookings India, des India-China-Institute und der Universität JNU tauschte sich Außenministerin Karin Kneissl in New Delhi über geopolitische Veränderungen und deren Auswirkungen auf die Region Südasien aus. Zum Abschluss hielt Karin Kneissl auf Einladung der indischen Observer Research Foundation einen Vortrag über die globale Energiezukunft zwischen Öl, Gas und erneuerbarer Energie.

Die diplomatischen Beziehungen Österreichs mit Indien feiern diese Jahr ihr 70-jähriges Bestehen.

<https://www.BMeiA.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2019/02/letzter-stopp-der-suedasienreise-karin-kneissl-in-indien/>

8. März 2019: Karin Kneissl: „Wir müssen entschieden gegen Gewalt an Frauen vorgehen.“

Außen- und Integrationsministerin betont anlässlich des Weltfrauentags den Kampf gegen Gewalt an Frauen als politische Priorität.

Anlässlich des Weltfrauentags am 8. März forderte Außen- und Integrationsministerin Karin Kneissl einen entschiedenen Einsatz für Frauenrechte und für Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen.

„Der 8. März sollte ein Festtag im Zeichen der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sein. Stattdessen müssen wir einmal mehr die Forderung nach Gleichberechtigung wiederholen und uns entschieden gegen Gewalt an Frauen wenden“ so die Außen- und Integrationsministerin.

Karin Kneissl verwies auf die zahlreichen Gewalttaten gegen Frauen und Mädchen, die Österreich in den letzten Monaten erschüttert haben.

„Als Integrationsministerin ist es für mich eine Priorität, jede Form von traditionsbedingter Gewalt, die sich gegen Frauen und Mädchen richtet, zu bekämpfen. Durch die Zuwanderung aus patriarchalisch geprägten Gesellschaften und die Flüchtlingsbewegungen der vergangenen Jahre, hat sich auch in Österreich ein Weltbild ausgebreitet, in dem Frauen nicht als gleichberechtigt akzeptiert und der Gewalt der Boden bereitet wird“, so Karin Kneissl.

Die Zahl der in Österreich lebenden Opfer weiblicher Genitalverstümmelung wird auf etwa 8.000 Frauen und Mädchen geschätzt.

„Weibliche Genitalverstümmelung ist eine besonders grausame und archaische Form der Gewalt, die Frauen und Mädchen unsagbares Leid zufügt und sie daran hindert, ein selbstbestimmtes Leben zu führen“, so die Außen- und Integrationsministerin.

Seit 2018 setzt das BMEIA gezielt einen Frauenschwerpunkt, der 2019 noch weiter vertieft wird: Neben rund € 2,3 Mio. Förderungen für Frauen-Integrationsprojekte in Österreich werden in einem aktuellen Sonderauftrag € 1 Mio. für Projekte gegen weibliche Genitalverstümmelung und Gewalt an Frauen zur Verfügung gestellt.

Am Weltfrauentag lud Karin Kneissl die Frauensprecherinnen aller im Nationalrat vertretenen Parteien zu einem Besuch des vom BMEIA geförderten Projekts „intact“ des Wiener Frauengesundheitszentrums FEM Süd ein. Carmen Schimanek (FPÖ), Mag. Carmen Jeitler-Cincelli (ÖVP), Petra Bayr (SPÖ) und Dr. Stephanie Krisper (NEOS) nahmen an dem Gespräch mit der Leiterin von FEM Süd, Frau Mag. Hilde Wolf, engagierten Mitarbeiterinnen und betroffenen Frauen teil. Das Projekt widmet sich der Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Frauen und Mädchen, die von weiblicher Genitalverstümmelung betroffen oder gefährdet sind.

„Um diese Gewalt an Frauen zu stoppen, braucht es im In- und Ausland Maßnahmen zur Unterstützung der Opfer sowie präventive Aufklärungsarbeit“, erklärte Karin Kneissl.

Auch für die Partnerländer der OEZA in Afrika werden für die kommenden 3 Jahre € 5 Mio. für den internationalen Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung bereitgestellt.

Bereits am 7. März eröffnete Karin Kneissl im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) eine Festveranstaltung des Forum Auslandskultur und der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen zum Thema „Wie kann ich Familie, Beruf und eine erfolgreiche Karriere im Außenministerium vereinbaren?“, die einen Erfahrungsaustausch zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BMEIA ermöglichte.

<https://www.BMeiA.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2019/03/karin-kneissl-wir-muessen-entschieden-gegen-gewalt-an-frauen-vorgehen/>

14. März 2019: Österreich unterstützt Syrien und seine Nachbarländer mit 11 Mio. Euro humanitärer Hilfe

Außenministerin Karin Kneissl nahm am 14. März 2019 an der 3. Konferenz zur „Unterstützung der Zukunft Syriens und der Region“ in Brüssel teil

Im Rahmen der dreitägigen Konferenz in Brüssel trafen sich am Schlußtag die EU-Außenministerinnen und Außenminister, um über die vielfältigen Aspekte der Syrienkrise sowie die Geberzusagen der EU-Mitgliedstaaten zu beraten.

„In Syrien richten wir unseren Schwerpunkt auf die humanitäre Minenräumung, die Aufklärung über Minengefahren und Programme zur Opferhilfe. Der Befall Syriens mit Antipersonenminen und anderen explosiven Gefahren stellt ein massives Risiko für die Zivilbevölkerung und ein klares Hindernis für Binnenvertriebene und Flüchtlinge dar, die in ihre Heimat zurückkehren wollen“ betont die Außenministerin.

Neben zentralen Themen rund um humanitäre Hilfe, Rechenschaftspflicht, Frauenrechte und die Zivilgesellschaft, standen die Geberzusagen durch die EU-Mitgliedstaaten im Fokus der Konferenz. Außenministerin Karin Kneissl informierte bei der Konferenz über den von Österreich geplanten Beitrag von insgesamt 11 Mio. Euro € für die Betreuung syrischer Flüchtlinge im Libanon bzw. in Jordanien sowie zur Umsetzung humanitärer Entminungsprojekte in Syrien. Eng kooperiert wird hierbei mit dem Internationalen Komitee des Roten Kreuz (IKRK) sowie dem International Trust Fund (ITF), einer von der slowenischen Regierung gegründeten humanitären Organisation mit mehr als 20 Jahren Erfahrung in der Minenbekämpfung.

„Österreich wird die Bemühungen zur Linderung der Not der Syrerinnen und Syrer im Land selbst und in den Nachbarstaaten, die eine große Zahl von syrischen Flüchtlingen aufnehmen, weiterhin unterstützen,“ so Karin Kneissl.

Die österreichischen Hilfsgelder fließen nach Syrien sowie in die Nachbarstaaten Jordanien und den Libanon, denen eine wichtige Rolle im Rückkehrprozess von syrischen Flüchtlinge zukommt.

Geplant ist zunächst der Beginn der Minenräumung im Nordosten Syriens. Sobald es die politischen Bedingungen zulassen, hofft Außenministerin Karin Kneissl auf eine Ausweitung des Programms auf andere Regionen des Landes.

<https://www.BMeiA.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2019/03/oesterreich-unterstuetzt-syrien-und-seine-nachbarlaender-mit-11-mio-euro-humanitaerer-hilfe/>

25. März 2019: Außenministerin Karin Kneissl setzt ihre Japanreise in Tokio fort

Auf dem Programm standen weitere bilaterale Gespräche und die Teilnahme an der World Assembly for Women (WAW!)

Am 22. März traf sich Karin Kneissl im Vorfeld der WAW! Konferenz mit dem japanischen Premierminister Shinzō Abe. Beide betonten die exzellenten bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Japan.

Am 23. März begann die Außenministerin ihre Teilnahme an der internationalen Frauenkonferenz WAW!, die ganz im Zeichen der weiblichen Selbstbestimmung stand. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion über die Schaffung von neuem Marktwert durch weibliche Unternehmerinnen gab es Gelegenheit zum Austausch mit Vertreterinnen der Zivilgesellschaft und Wirtschaft.

„Mein Rat an junge Frauen, die gerade erste Schritte im Berufsleben tätigen, lautet: Leidenschaft für eine Sache ist ebenso wichtig, wie sich selbst treu zu bleiben,“ betonte die Außenministerin.

Am letzten Tag ihrer Japanreise traf Karin Kneissl auch auf die japanische Vize-Außenministerin Toshiko Abe. Neben den ausgezeichneten bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Japan standen vor allem regionale Themen im Fokus des Arbeitsgesprächs. Über das Verhältnis Japans zu China meinte die Außenministerin: „Ich habe den Eindruck gewonnen, dass die Spannungen nicht so hoch sind wie noch vor einigen Jahren“. Der Austausch umfasste auch den gemeinsamen Wunsch, die regelbasierte internationale Ordnung zu erhalten und wieder verstärkt auf Multilateralismus zu setzen.

Mit ihrer Japanreise bereitete Außenministerin Karin Kneissl den im Herbst geplanten Japan-Besuch von Bundespräsident Alexander Van der Bellen vor, der anlässlich des 150-jährigen Jubiläums der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern stattfinden wird.

<https://www.BMeiA.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2019/03/aussenministerin-karin-kneissl-setzt-ihre-japanreise-in-tokio-fort/>

25. April 2019: Rund 60 Mädchen nahmen am diesjährigen Girls' Day im Außenministerium teil

Auch dieses Jahr, am 25.4.2019, öffnete das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres im Rahmen des Girls' Day im Bundesdienst wieder seine Tore für Mädchen zwischen 11 und 17 Jahren, um ihnen Einblicke in die Arbeit unseres Hauses zu geben.

Im Gespräch mit zwei Diplomatinen, die über ihre Arbeit und ihr Leben erzählten und in den darauffolgenden drei interaktiven Workshops konnten sich heuer rund 60 Mädchen über die vielfältigen Arbeitsbereiche und Karrieremöglichkeiten im Außenministerium informieren.

- Innerhalb des Workshop „Der Bereitschaftsdienst des BMEIA – operatives Krisenmanagement bei Notfällen im Ausland“ konnte eine Gruppe in die konsularische Tätigkeit des Hauses eintauchen und erarbeitete fiktive Krisenpläne für „gestrandete“ Österreicherinnen und Österreicher im Ausland.

- Beim Workshop der Abteilung für Integration befasste sich eine Gruppe mit dem Thema „Integration als Gemeinschaftsaufgabe - #StrongerTogether“ und entsprechenden Maßnahmen, die dabei gesetzt werden können.

- Der Workshop „Medien & Diplomatie: Von Pressekonferenz bis Social Media“ brachte einer Gruppe die Arbeit der Presseabteilung näher. In verschiedenen Rollen, von Außenministerinnen, Pressesprecherinnen, Dolmetscherinnen, Journalistinnen bis Social-Media Beauftragten stellten die Mädchen eine Pressekonferenz nach und lernten so die verschiedenen Aspekte der Öffentlichkeitsarbeit hautnah kennen.

Ziel des Girls' Day ist es, Mädchen einen Impuls für ihre Berufsorientierung zu geben und sie dabei zu unterstützen, einen neuen Blick auf die Arbeitswelt und vor allem auf die Tätigkeitsbereiche einer Diplomatin zu bekommen.

<https://www.BMeiA.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2019/04/rund-60-maedchen-nahmen-am-diesjaehrigen-girls-day-im-aussenministerium-teil/>

28. Juni 2019: Außenminister Alexander Schallenberg bei UN-Menschenrechtsrat in Genf

Anlässlich der 41. Tagung des UNO-Menschenrechtsrates reiste Außenminister Alexander Schallenberg am 28. Juni 2019 nach Genf. Im Mittelpunkt der Reise zu den dort ansässigen Internationalen Organisationen standen das österreichische Engagement im humanitären Bereich und die Mitgliedschaft im UNO-Menschenrechtsrat, in dem Österreich seit Anfang des Jahres vertreten ist.

Außenminister Alexander Schallenberg betonte in seiner Rede vor dem UNO-Menschenrechtsgremium, dass der weltweite Schutz der Menschenrechte und die Förderung des Multilateralismus österreichische Prioritäten seien.

„Mit Isolationismus lassen sich die globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Migration oder Terrorismus nicht bewältigen. Es gibt keine Alternative zu einem effektiven Multilateralismus“, so der Außenminister.

Als eine weitere außenpolitische Priorität Österreichs unterstrich Außenminister Alexander Schallenberg in seiner Rede vor der UNO-Abrüstungskonferenz den Einsatz für die atomare Abrüstung. Auf österreichische Initiative war es 2017 gelungen, mit dem Kernwaffenverbotsvertrag einen historischen Durchbruch zu erzielen.

Im Rahmen seiner Reise tauschte sich Außenminister Alexander Schallenberg mit UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte Michelle Bachelet, UNO-Flüchtlingshochkommissar Filippo Grandi und dem Vizepräsidenten des Roten Kreuzes (IKRK), Gilles Carbonnier aus. Zentrale Gesprächsthemen waren die österreichischen Schwerpunkte im UNO-Menschenrechtsrat sowie die Unterstützung Österreichs für die humanitäre Arbeit des IKRK und des UNHCR.

Zum Abschluss seines Besuchs in Genf traf Außenminister Alexander Schallenberg Beatrice Fihn, Direktorin der Organisation Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN), die im Jahr 2017 den Friedensnobelpreis erhalten hatte.

<https://www.BMeiA.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2019/06/aussenminister-alexander-schallenberg-bei-un-menschenrechtsrat-in-genf/>

31. Juli 2019: Außenminister Alexander Schallenberg: „Österreich leistet humanitäre Hilfe für die Menschen in den syrischen Flüchtlingslagern.“

Ministerrat beschließt 2,5 Mio. Euro für humanitäre Hilfe in Mali und Syrien aus dem Auslandskatastrophenfonds

Im Ministerrat vom 31. Juli 2019 beschloss die Bundesregierung die Auszahlung humanitärer Mittel in Höhe von insgesamt 2,5 Millionen Euro. „Österreich setzt sein humanitäres Engagement konsequent fort. Organisationen wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und die Weltgesundheitsorganisation sind dabei wichtige Partner“, so Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein.

„Mit jeweils einer halben Million Euro leisten wir dringend benötigte Hilfe und unterstützen die wichtige Arbeit des IKRK und der WHO in den Flüchtlingslagern im Nordosten Syriens. Damit können die Hilfsleistungen in Lagern wie al-Hol weiter verstärkt werden“, so Außenminister

Alexander Schallenberg. Unter anderem werden Nahrungsmittel, Zelte, saubere Wasser, mobile Hilfeinheiten sowie Maßnahmen der Abfallbeseitigung in den überfüllten Lagern zur Verfügung gestellt.

Seit Dezember 2018 haben gewaltsame Auseinandersetzungen um die Befreiung der letzten vom IS kontrollierten Gebiete auch zu einer massiven Zunahme von Flüchtlingsströmen in die Lager in Nordost-Syrien geführt. Die Anzahl der Bewohner z.B. im al-Hol Flüchtlingslager ist auf etwa 74.000 Personen angestiegen, geschätzte 90 Prozent davon sind Frauen und Kinder. Aktuell sind gemäß Angaben der Vereinten Nationen nach acht Jahren Krieg in Syrien über 13 Millionen Menschen im Land auf humanitäre Hilfe und Schutz angewiesen, davon 5,6 Millionen Kinder.

Weitere 1,5 Mio. Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds sind für das IKRK zur Linderung der humanitären Krise in Mali vorgesehen. Die Sicherheitslage in der Sahelregion, und insbesondere in Mali, ist weiterhin kritisch und wird durch die Auswirkungen des Klimawandels wesentlich verschärft. „In Zusammenarbeit mit der lokalen Rotkreuzgesellschaft sollen die Mittel genutzt werden um die betroffene Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und anderen Versorgungsgütern zu unterstützen sowie den Zugang zu sauberem Trinkwasser sicherzustellen,“ so der Außenminister.

Die Zahl der durch Konflikte und Gewalt Vertriebenen ist in Zentral- und Nordmali dramatisch angestiegen, seit Beginn des Jahres gibt es laut Bericht des Humanitären Büros der Europäischen Kommission (ECHO) 133.000 neue Binnenvertriebene. Gemäß ECHO sind rund 3,2 Millionen Menschen in Mali von Nahrungsmittelunsicherheit und interkommunalen Konflikten betroffen.

<https://www.BMeiA.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2019/07/alexander-schallenberg-oesterreich-leistet-humanitaere-hilfe-fuer-die-menschen-in-den-syrischen-fluechtlingslagern/>

28. Oktober 2019: Verleihung des Intercultural Achievement Awards 2019

Außenminister Alexander Schallenberg zeichnet erfolgreiche und innovative Projekte im Bereich des interkulturellen und interreligiösen Dialogs aus.

Am 28. Oktober 2019 wurden zum insgesamt sechsten Mal Projekte durch Außenminister Alexander Schallenberg mit dem Intercultural Achievement Award ausgezeichnet.

„In Zeiten von Veränderung und von Umbrüchen wird das Gespräch mit "dem Anderen" immer wichtiger, gewinnt der Interkulturelle und interreligiöse Dialog immer mehr an Bedeutung. Dialog ist die "Kunst der Begegnung". Mit gegenseitigem Anschweigen wurde noch nie eine Krisensituation gelöst. Nur aus dem Gespräch kann Verständigung, Verstehen und Vertrauen entstehen, betonte der Außenminister bei der Preisverleihung.

An folgende Projekte wurden dieses Jahr Preise vergeben:

Die Organisation „ROOTS“ gewann den diesjährigen Preis in der Kategorie Nachhaltigkeit für ihr Projekt, das jüdische und muslimische Kinder in Sommercamps zusammenbringt.

Das Projekt „Interreligiöses Dialogtraining für Studentinnen“ des John-Paul-Zentrums für interreligiösen Dialog aus Bangladesch, wurde in der Kategorie Aktualität ausgezeichnet. Es

vermittelt jungen Studentinnen Wissen und Verständnis für gemeinsame Werte der verschiedenen Kulturen, Menschen und ethnischen Gruppen.

Der Preis in der Kategorie Innovation ging an die Organisation CyprusInno aus Zypern mit einem Projekt, das mit Hilfe einer mobilen App, den interkulturellen Dialog fördert.

Der Medienpreis wurde an das slowenische online Magazin Casoris vergeben, das mit dem Projekt „Geschichten von Kindern aus der ganzen Welt“ versucht, Vorurteile abzubauen.

Der diesjährige Sonderpreis des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) in der Kategorie Integration ging an das Projekt FEM Süd Frauengesundheitszentrum, das von Gewalt betroffene Mädchen und Frauen mit besonderem Schwerpunkt auf weibliche Genitalverstümmelung (FGM) in vielen verschiedenen Sprachen, etwa Deutsch, Englisch, Arabisch Türkisch und Dari / Farsi berät.

Abschließend wurde Prof. Ilan Knapp, Gründer des Jüdischen Beruflichen Bildungszentrums (JBBZ) in Wien und Mitglied des Expertenrats für Integration, mit einem Sonderpreis für sein Lebenswerk ausgezeichnet.

Der Intercultural Achievement Award wurde 2014 als Schlüsselprojekt der österreichischen Auslandskultur ins Leben gerufen. Die Gewinnerprojekte werden von einer unabhängigen Experten-Jury ausgewählt. Der Preis zielt darauf ab, innovative, praxisbezogene Projekte im Bereich des interkulturellen und interreligiösen Dialogs auf österreichischer sowie internationaler Ebene auszuzeichnen.

„Alle Preisträger und alle Projekte haben eines gemeinsam: Sie helfen dabei das Vertrauen zwischen Menschen unterschiedlicher kultureller, religiöser oder sozialer Herkunft aufzubauen – mit Kreativität, mit Engagement und mit Überzeugung“, so der Außenminister abschließend.

<https://www.BMeiA.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2019/10/verleihung-des-intercultural-achievement-awards-2019/>

7.November 2019: Bundesminister Alexander Schallenberg eröffnet 19. Sitzung des Integrationsbeirats

Schwerpunktthemen der 19. Sitzung waren Antisemitismus in Österreich und die männlichen Rollenbilder im Kontext von Integration.

Integrationsminister Alexander Schallenberg eröffnete am 7.November 2019 die 19. Sitzung des Integrationsbeirats, der halbjährlich im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres tagt. Der Integrationsbeirat widmete sich dieses Mal den Themen Antisemitismus in Österreich sowie männliche Rollenbilder im Kontext von Integration. Thematisiert wurden dabei Antisemitismus-Berichte des deutschen Historikers Prof. Dr. Michael Wolffsohn sowie der Europäischen Grundrechteagentur (FRA). Zudem wurden Best-Practice Beispiele, wie das Projekt „Men Talk“ des Vereins für Männer- und Geschlechterthemen sowie die Schwerpunktberatung des Österreichischen Integrationsfonds für Männer mit dem Titel „Gleichberechtigung und Selbstbestimmung“ vorgestellt.

Der Integrationsbeirat tagt zwei Mal jährlich und besteht aus Repräsentantinnen und Repräsentanten von Bund, Ländern, Sozialpartnern, Gemeinde- und Städtebund, der

Industriellenvereinigung sowie Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Der Beirat dient dem wechselseitigen Wissenstransfer über aktuelle Integrationsthemen, bietet eine Plattform für den Informationsaustausch zu wichtigen Initiativen im Integrationsbereich und ermöglicht die Beratung über Erkenntnisse des unabhängigen Expertenrats für Integration.

<https://www.BMeiA.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2019/11/bundesminister-alexander-schallenberg-eroeffnet-19-sitzung-des-integrationsbeirats/>

6. Dezember: Außenminister Schallenberg gratuliert Botschafterin Elisabeth Tichy-Fisslberger zur Wahl als Präsidentin des UN-Menschenrechtsrates in Genf

Österreich übernimmt 2020 erstmals den Vorsitz im UN-Menschenrechtsrat

Außenminister Alexander Schallenberg begrüßte die Entscheidung des UN-Menschenrechtsrates in Genf vom 6. Dezember 2019 Botschafterin Elisabeth Tichy-Fisslberger zu seiner Präsidentin für das Jahr 2020 zu ernennen.

“Die Wahl ist ein großer Vertrauensbeweis der Staatengemeinschaft in die Tätigkeit unserer Ständigen Vertreterin bei den Vereinten Nationen in Genf. Sie ist auch ein Zeichen der Anerkennung für das jahrzehntelange und unermüdliche österreichische Engagement für Menschenrechte innerhalb der Vereinten Nationen“, zeigte sich Außenminister Alexander Schallenberg über die Entscheidung erfreut.

Die österreichische Kandidatin wurde von der „Gruppe der westeuropäischen und anderen Staaten“ (WEOG) für die Präsidentschaft des höchsten Menschenrechtsorgans der Vereinten Nationen nominiert und in weiterer Folge vom Menschenrechtsrat zu seiner neuen Präsidentin gekürt.

“Zu ihrer Wahl gratuliere ich Elisabeth Tichy-Fisslberger herzlich und wünsche ihr für diese wichtige Aufgabe, die sie erst als zweite Frau in dieser Funktion ausüben wird, alles Gute“, so der österreichische Außenminister.

In Hinblick auf den Internationalen Tag der Menschenrechte, der am 10. Dezember begangen wird, unterstrich Außenminister Alexander Schallenberg zudem die zentrale Bedeutung der Menschenrechte für die österreichische Außenpolitik:

“Auch 70 Jahre nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist deren Durchsetzung – trotz aller Erfolge - leider noch weit von einer weltweiten Realität entfernt. Das erleben wir tagtäglich neu, wenn uns Bilder und Berichte schwerer Menschenrechtsverletzungen aus aller Welt erreichen. Damit dürfen wir uns aber nicht abfinden. Jeder Staat ist aufgerufen für eine Verbesserung dieser Situation - im Inneren wie nach Außen - zu sorgen. Österreich setzt daher sein Engagement für Menschenrechte konsequent fort, insbesondere zum Schutz von Frauen und Kindern, Journalisten und Minderheiten. Österreich unterstützt die Förderung rechtstaatlicher Strukturen und setzt sich weiter gegen die Straflosigkeit, insbesondere bei schwerwiegenden Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, ein.“

<https://www.BMeiA.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2019/12/aussenminister-schallenberg-gratuliert-botschafterin-elisabeth-tichy-fisslberger-zur-wahl-als-praesidentin-des-un-menschenrechtsrates-in-genf/>

BMEIA-Tweets zu frauenspezifischen Themen mit Bezug zur Umsetzung von Resolution 1325:

25. 11.	Gewalt an Frauen	Heute ist Int. Tag zur Beendigung der Gewalt an Frauen & Start d #16days-Kampagne #OrangeTheWorld. Gewalt an Frauen ist eine d am weitesten verbreiteten Menschenrechtsverletzungen. Als Mitglied im @UN-Menschenrechtsrat setzt sich AT besonders für d Stärkung v Frauenrechten ein.
21.8.	Frauen in Konfliktzonen	AT setzt sich aktiv für den Schutz der Zivilbevölkerung, insb von Frauen & Kindern, in bewaffneten Konflikten ein. Da Konflikte immer häufiger in dicht besiedelten Gebieten ausgetragen werden, beschäftigt sich die Wiener Konferenz #POC19VIE mit der Thematik http://poc19vie.at AT is actively committed to the protection of civilians, esp. women & children, in armed conflicts. As these conflicts are more frequently carried out in urban areas, the Vienna Conference #POC19VIE addresses different aspects of #EWIPA & their impact on civilians
19.8.2019	Humanitäre Hilfe	Der diesjährige @UN #WorldHumanitarianDay ist all jenen Frauen gewidmet, die weltweit humanitäre Hilfe leisten #WomenHumanitarians. 2018 hat AT 88,9 Mio € an humanitärer Hilfe im Rahmen bilateraler, multilateraler & sonstiger Kooperationen zur Verfügung gestellt. @UNOCHA
19.6.	UNSR 1325 Gewalt an Frauen	Sexual violence in conflict is one of the biggest challenges for international peace & security. Ending conflict-related sexual violence means help & hope for victims. AT is strongly committed to implement Woman, Peace & Security agenda #EndRapeinWar #WPSin2020
29.5.	Friedenssicherung	Am heutigen @UNPeacekeeping -Tag gedenken die @UN den mehr als 3.800 Männern & Frauen, die seit der 1. #UN-Friedensmission 1948 ihr Leben verloren haben. Derzeit leisten rund 100.000 Blauhelme & Polizeikräfte in 14 Missionen weltweit ihren Einsatz für den Frieden. #PKDay
23.5.	FGM	Der Österreichische #Integrationsfonds hat diese Woche im #BMEIA eine spannende Diskussion zu #FGM veranstaltet. Diskussionsteilnehmerin Leyla Hussein betonte: „Gewalt gegen Frauen und Kinder darf nie durch Kultur oder Tradition gerechtfertigt werden.“
16.5.	Geschlechtergleichstellg.	Mit Integrationslandesrätin @klamrea ging es zum vom #BMEIA geförderten Schulprojekt #Heroes. Dessen Ziel ist der aktive Einsatz von Männern für Gleichberechtigung. „Um die

		#Integration von Frauen zu fördern, müssen wir die Männer mit ins Boot holen", so AM @Karin_Kneissl
16.5.	Integration von Frauen	Im Anschluss an die #LIRK besuchte AM @Karin_Kneissl auch ein #ÖIF Integrationszentrum. Beim Fachgespräch zur #Frauenintegration diskutierte sie mit Multiplikatorinnen die Themen #Gleichberechtigung, #Selbstbestimmung, #Arbeit und #Beruf, #FGM & #Gewalt gegen #Frauen
16.5.	Integration von Frauen	AM @Karin_Kneissl über den Frauenschwerpunkt in der #Integrationspolitik: "Habe von Anfang an die #Frauen in den Mittelpunkt meiner Integrationsarbeit gestellt: als Motoren der #Integration, aber auch als Opfer kulturell bedingter Gewalt, wie #FGM."
06.5.	Integration von Frauen	Im Rahmen ihrer Bundesländertour besuchte AM @Karin_Kneissl heute #Tirol. Dort besuchte sie u.a. ein #ÖIF Integrationszentrum & nahm an einer Schwerpunktberatung für #Frauen zum Thema #Arbeitsmarktintegration teil. Ziel dieser österreichweit durchgeführten Kurse ist es, die teilnehmenden Frauen über mögliche Bildungs-&Berufswege sowie #Gleichberechtigung zu informieren, um ihnen verschiedene Möglichkeiten für eine aktive gesellschaftliche Teilhabe in Österreich aufzuzeigen.
29.4.	Geschlechtergleichstellg.	Das #BMEIA beschäftigt rund 1.200 Personen im In- und Ausland, fast 50% davon sind #Frauen. AM @Karin_Kneissl steht in regelmäßigem Austausch mit der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen des BMEIA. Beim heutigen Treffen ging es u.a. um die Vereinbarkeit von Familie & Beruf.
25.4.	Förderung von Mädchen	#girlsday im öffentlichen Dienst: Knapp 60 Schülerinnen lernten heute die Arbeit des Außenministeriums kennen. Von Konsularservice bis Pressearbeit schnupperten die ,girls einen ganzen Vormittag in die vielfältigen Aufgabenbereiche unseres Hauses hinein.
23.3.	Frauenermächtigung	AM @Karin_Kneissl anlässlich ihrer Teilnahme an der @WAW_Japan: „Mein Rat an junge Frauen, die gerade erste Schritte im Berufsleben tätigen: Leidenschaft für eine Sache ist ebenso wichtig, wie sich selbst treu zu bleiben.“ #femaleempowerment
23.3.	Frauenermächtigung	In #Tokio nimmt AM @karin_kneissl heute an der Konferenz @WAW_Japan teil. Die Konferenz steht im Zeichen von #femaleempowerment mit dem Ziel ein gesellschaftliches Zusammenleben zu erreichen, in dem #Frauen glänzen können.

		Zusammen mit Vertreterinnen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft sprach AM @karin_kneissl in einer Podiumsdiskussion über die Schaffung von neuem Marktwert durch weibliche Unternehmerinnen. @WAW_Japan
13.3.	UNSR 1325	Botschafterin Désirée Schweitzer, Leiterin der Sektion Entwicklung im #BMEIA, im Gespräch mit der stv. Exekutivdirektorin von @UN_Women ,@regner_asa 2020 feiern die UN-Resolution zu den Rechten der Frauen & die UN-Weltfrauenkonferenz #Peking wichtige Jubiläen. @UN_CSW #CSW63
12.3.	Menschenrechte	Bei ihrem #Russland Besuch traf @Karin_Kneissl mit zivilgesell. Vertreterinnen von Human Rights Watch @hrw, Amnesty International @amnesty, @MemorialMoscow & der Schriftstellerin Alisa Ganieva zusammen: "Effektiver Dialog braucht couragierte Menschen und Raum für Beteiligung."
8.3.	FGM	Retweet @karin_kneissl: Mit vereinten Kräften gg. weibl. Genitalverstümmelung (FGM) beim Besuch d. Projekts „Intact“ v. FEM Süd. Weiterer Schritt, FGM aus d. Tabuzone in die breite Öffentlichkeit zu bringen. Vielen Dank an Carmen Schimanek, @carmenjeitler, @BayrPetra & @steffi_krisper für Euer Kommen!
8.3.	Frauenrechte	Retweet @karin_kneissl: Der heutige #Weltfrauentag soll uns daran erinnern, was geleistet wurde & Ideen dafür geben, was wir noch leisten können. Wir begehen ihn heuer in Ö im Andenken an jene Frauen, die sich für die Einführung des aktiven & passiven Frauenwahlrechts vor 100 Jahren eingesetzt haben.
8.3.	Frauenrechte Gewalt an Frauen	Anlässlich des heutigen #Weltfrauentags fordert Außen- und Integrationsministerin @Karin_Kneissl einen entschiedenen Einsatz für Frauenrechte und für Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen.
8.3.	FGM Integration von Frauen	#WomensDay: Zusammen mit den Abgeordneten im @OeParl, Carmen Schimanek (FPÖ), @carmenjeitler (ÖVP), @BayrPetra (SPÖ) und @steffi_krisper (NEOS), besuchte AM @Karin_Kneissl heute das vom BMEIA geförderte Projekt „intact“ des Wiener Frauengesundheitszentrums FEM Süd. Das Projekt widmet sich der Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Frauen und Mädchen, die von weiblicher Genitalverstümmelung #FGM betroffen oder gefährdet sind.

		Seit 2018 setzt das BMEIA gezielt einen #Frauenswerpunkt: Neben rd € 2,3 Mio. Förderungen für Frauen-Integrationsprojekte in AT werden in einem aktuellen Sonderauftrag € 1 Mio. für Projekte gegen weibliche Genitalverstümmelung und Gewalt an Frauen zur Verfügung gestellt.
7.3.	Geschlechtergleichstellung	Anlässlich des #WomensDay eröffnete AM @Karin_Kneissl heute eine Veranstaltung zum Thema „Wie kann ich Familie, Beruf und eine erfolgreiche Karriere im #BMEIA vereinbaren?“, die vom Forum Auslandskultur und der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen organisiert wurde.
26.2.	Gewalt an Frauen	Today in New Delhi, I had the privilege to meet with NGO @StopAcidAttacks and impressive Ms Ritu. She survived an acid attack. This is one of the most heinous forms of violence against #women and #girls. We must ensure that with migration, it won't spread further in Europe.
26.2.	Gewalt an Frauen	In New Delhi sprach AM @Karin_Kneissl heute mit der #NGO @StopAcidAttacks, die sich für #Frauen einsetzt, die Opfer von #Säureattacken geworden sind. Viele dieser Frauen, meist angegriffen vom eigenen Partner, sind entstellt & werden von der indischen Gesellschaft ausgegrenzt.
22.2.	Frauenrechte	Retweet @karin_kneissl: Grateful for the interesting meeting with #Nepal's Prime Minister Khadga Prasad Oli today. We talked about economic & development cooperation. Also emphasised the importance of protecting the rights of #women.
22.2.	Frauenrechte	Am Nachmittag traf AM @Karin_Kneissl Nepals Premierminister @kpsharmaoli. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen Nepals wirtschaftspolitische #Prioritäten und #Chancen für österreichische Unternehmen. Die Außenministerin thematisierte auch den Schutz der Rechte von #Frauen.
21.2.	Gewalt an Frauen	In Nepal traf @Karin_Kneissl Vertreterinnen der, auf Women's empowerment, spezialisierten NGO @thestorykitchen sowie d Frauen-Rehabilitationszentrums @worecnepalorg. Die Verhinderung v Gewalt an #Frauen, in bewaffneten Konflikten & im häuslichen Bereich, ist eine gem. Priorität.
16.2.	Frauenrechte	Retweet @karin_kneissl: Vor 100 Jahren, nämlich am 16. Februar 1919, konnten Frauen in Österreich zum ersten Mal wählen & gewählt werden. Denken wir heute an jene mutigen Frauen, die damals für die aktive &

		passive Mitwirkung auf die Straße gegangen sind & so manches riskierten. #100jahrefrauenwahlrecht
6.2.	FGM	Retweet @karin_kneissl: Heute ist Internationaler Tag gegen weibliche Genitalverstümmelung #FGM. Diese archaische Form der Gewalt geschieht im Verborgenen. Es braucht einen eigenen Tatbestand im Strafrecht. In der Entwicklungs- und Integrationspolitik setzen wir uns besonders gegen #FGM ein. #EndFGM
6.2.	FGM	Der 6. Februar ist Internationaler Tag gegen weibliche Genitalverstümmelung (#FGM). Rund 200 Millionen Frauen und Mädchen sind weltweit von dieser Form der schweren Körperverletzung betroffen. Allein in Österreich sind es rund 8.000. https://ots.at/presseaussendung/OTS_20190206_OTSo014/karin-kneissl-weibliche-genitalverstuemmung-ist-eine-schwere-form-der-koerperverletzung...@Karin_Kneissl #EndFGM

Presseaussendungen der ADA

- 21. Jänner 2019: Förderung von Frauen und Hilfe vor Ort im Fokus der OEZA
- 7. März: Weltfrauentag: Gleichberechtigung weiter stärken
- 8. März 2019: Gleichberechtigung ist ein Menschenrecht anlässlich Weltfrauentag
- 1. Mai 2019: Frauen erfüllen Schlüsselfunktionen / Geschlechtergleichstellung
- 10. Oktober 2019: Gender-Workshop

Anhang 2: Aktivitäten der österreichischen Vertretungsbehörden zur Förderung der Ziele von Resolution 1325 – exemplarische Liste

Um Solidarität mit Opfern von geschlechtsspezifischer Gewalt zu demonstrieren, beteiligte sich das BMEIA erneut an der Kampagne „16 Tage gegen Gewalt“ im Zeitraum 25. November, dem internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen bis 10. Dezember, dem internationalen Tag der Menschenrechte, wurden mit fokussierten Initiativen, insbes. durch Aktivitäten auf Sozialen Medien, ein breites Publikum für dieses Thema sensibilisiert und auf Hilfsangebote aufmerksam gemacht. Das BMEIA beteiligte sich auch am gemeinsamen Bericht der Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend, des Bundesministers für Europa, Integration und Äußeres, des Bundesministers für Inneres, der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz und des Bundesministers für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz betreffend 16 Tage gegen Gewalt – Maßnahmen zur Gewaltprävention und zum Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt (Zahl 141.020/0009-III/4/2019), der am 27. November vom Ministerrat angenommen wurde.

Weiters beteiligte sich auch eine Reihe von Botschaften und Vertretungsbehörden an der VN-Kampagne „Orange the World: End Violence against Women and Girls“

- Die ÖB Bukarest beteiligte sich mit einer Video-Nachricht der Österreichischen Botschafterin an der VN-Kampagne. Dieses Video wurde von anderen Botschaften und Partnern aus der rumänischen Zivilgesellschaft weiter geteilt und ergab mit Video-Nachrichten anderer Botschafterinnen und Botschaftern eine gemeinsame Kampagne, die über 16 Tage lief.
- Die ÖB Chisinau unterstützte die Kampagne durch die orange Beleuchtung des Amtsgebäudes und brachte so Solidarität mit Opfern geschlechtsspezifischer Gewalt zum Ausdruck.
- Die ÖB Jakarta organisierte gemeinsam mit der EU-Delegation und anderen europäischen Botschaften in Jakarta eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung. Dabei wurden auch „HeForShe“ Pledges abgegeben und anschließend auf Social Media zirkuliert.
- Die ÖB Moskau beteiligte sich mit Aktivitäten auf Social Media an der Kampagne.
- Die ÖB Sarajevo beleuchtete 16 Tage lang das Amtsgebäude, um ihre Unterstützung mit den Opfern von geschlechtsspezifischer Gewalt zum Ausdruck zu bringen und beteiligte sich mit Social-Media-Aktivitäten an der Kampagne.

Botschaftsaktivitäten im Besonderen:

ÖB Addis Abeba

- Im Rahmen eines Projekts unterstützte die ÖB eine lokale Organisation, die im Textilsektor Arbeitsplätze, Trainings und Verdienstmöglichkeiten für 85 Frauen bietet, die aufgrund ihrer früheren Lepraerkrankung stigmatisiert und vom Wirtschaftsleben ausgeschlossen sind.
- Die ÖB nahm am 11./12. Dezember 2019 am WePROTECT Global Summit to Tackle Online Child Exploitation in der Afrikanischen Union teil

ÖB Amman

- Am 28. Jänner fand ein Treffen des Österreichischen Botschafters mit dem Direktor von UNWOMEN Jordanien, Ziad SHEIK, statt.
- Am 6. Februar nahm die ÖB Amman an der Präsentation des Jordanischen Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung von Resolution 1325 teil.
- Am 10. Juni erfolgte die Teilnahme der ÖB Amman am „Gender Donor Coordination Meeting“. Auf Ebene der Missionschefs wurden gemeinsam mit UN WOMEN und der EU-Delegation die Errungenschaften der letzten Monate besprochen und ein „Advocacy Plan“ für die zukünftige Tätigkeit ausgearbeitet.
- Am 21. August nahm die ÖB Amman an der Konferenz "The Reality of Women's Political Participation: "Opportunities and Challenges“ teil.
- Am 29. Oktober erfolgte die Teilnahme der ÖB Amman am „Gender Donor Coordination Meeting“ für die zweite Jahreshälfte 2019.

ÖB Athen

- Anlässlich des Jubiläums von 100 Jahren Frauenwahlrecht in veranstaltete die ÖB am 10. Mai in Kooperation mit der „European Union of Women“ (EUW), Sektion Griechenland, in der Theocharakis Stiftung in Athen eine Veranstaltung zum Thema „Frauen und Kultur“. Ziel der Veranstaltung war es, im Rahmen des Jubiläums des Frauenwahlrechtes in Österreich auf die Leistungen von Frauen in der Kultur und Gesellschaft aufmerksam zu machen. Neben Vorträgen zum Thema Frauenrechte wurde dabei u.a. die Ausstellung „Tricky Women meets Kalliope“ sowie eine Auswahl von Kurzfilmen der „Tricky Women“ Filmreihe des BMEIA präsentiert.

ÖB Bangkok

- Die Österreichische Botschafterin ist aktive Teilnehmerin in der „Women Ambassadors Group“ in Bangkok. Dieses vernetzt die residenten Botschafterinnen mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft.
- Die Österreichische Botschafterin hat dem Online-Portal „Digital Business Women Thailand“ am 12. Juni ein Interview zum Thema Geschlechtergleichberechtigung in Österreich und Thailand gegeben, das für den offiziellen Launch der Plattform zur Vernetzung von Entscheidungsträgerinnen verwendet wurde.
- Die Österreichische Botschafterin nahm regelmäßig an den Veranstaltungen der „Women Human Rights Defenders“ teil, welche dem Sichtbarmachen von Einschüchterung, Gewalt und Diffamierung gegenüber Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern dienen. Dies geschieht zumeist anhand von Fallbeispielen und Auftritten der Mitglieder der Gruppe „Women Human Rights Defenders“, welche ihre Analyse und Lagebeurteilungen debattieren.

ÖB/ÖKF Berlin

- Am 25. Oktober fand am Kulturforum Berlin eine Tagung zum Thema „Gendermedizin und geschlechtersensible Gesundheitsversorgung in Österreich und Deutschland. Stand, Erfahrungen, Kooperationen“ statt.
- Das Ziel der ersten bilateralen Tagung deutscher und österreichischer Expertinnen und Experten der Gendermedizin war es, Erfahrungen auszutauschen, über Projekte zu informieren und neue Kooperationen zu befördern.
- Im Mittelpunkt stand vor allem die Frage, wie gendermedizinische Erkenntnisse schneller und besser in die medizinische Versorgung implementiert werden können – im Interesse von Patientinnen und Patienten. Dabei reichte die Themenbreite von der Aus- und Weiterbildung über Prävention, Diagnostik und Therapie bis hin zu Rehabilitation und Pflege. Die notwendige stärkere regionale und überregionale Vernetzung auf diesem Gebiet, war ebenfalls ein Thema.
- Im Anschluss an das Symposium fand eine öffentliche Podiumsdiskussion statt, um auch der interessierten Öffentlichkeit das Thema Gendermedizin näher zu bringen.

ÖV Brüssel

- Siehe Punkt 2.2. Europäische Union

ÖB Bukarest

- In Abstimmung mit 12 anderen engagierten Botschaften zirkulierte die Österreichische Botschaft über soziale Medien/Facebook eine gemeinsame Nachricht anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen, in der Gewalt gegen Frauen in jeglicher Form verurteilt wurde.
- Die Österreichische Botschaft nahm am Marsch gegen Gewalt an Frauen am 19. Oktober in Bukarest teil.
- Die Österreichische Botschaft beteiligte sich aktiv am regelmäßigen Austausch in der Arbeitsgruppe gegen Gewalt an Frauen, die sich aus Vertreterinnen und Vertretern von Botschaften sowie aus zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammensetzt.
- Die Österreichische Botschaft steht im Rahmen ihrer Tätigkeiten in ständigem Kontakt mit NGOs, die in den Bereichen Frauenrechte, Menschenhandel, Minderheiten bzw. besonders schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen (zum Beispiel Roma) tätig sind und sich aus ihren unterschiedlichen Ansatzpunkten heraus gegen Gewalt an Frauen und für ihre Gleichstellung einsetzen.

ÖB Chisinau

- Der sogenannte „Ladies’ Lunch“, dessen Mitbegründerin die österreichische Botschafterin ist, wurde fortgesetzt. In diesem Rahmen finden regelmäßig Gespräche der EU-Botschafterinnen mit weiblichen Politikerinnen, Frauen in Entscheidungspositionen, Spitzenbeamtinnen, Journalistinnen sowie Vertreterinnen der Zivilgesellschaft statt
- Die Österreichische Botschaft beteiligte sich an dem vom Women’s Club organisierten Winter Charity Bazaar, in dessen Rahmen sich EU-Vertreterinnen und Geschäftsfrauen durch ihre karitativen Aktivitäten an der Unterstützung von NGOs im Sozialbereich beteiligen und dadurch ihre relevante Rolle in der Gesellschaft stärken.

- Das Team der Österreichischen Botschaft nahm an verschiedenen Workshops, Konferenzen und Zeremonien zur Ermächtigung von Frauen teil, beispielweise die Schlusszeremonie des „FinPractice“ Projektes der ADA, GraweCarat und Callidus Moldova, in dessen Rahmen viele Frauen ihre Ausbildungszeugnisse im Versicherungsbereich erhielten und dadurch ihre Chancen im Berufsleben verbessern konnten.
- Im Jahr 2019 unterstützte die OEZA in der Republik Moldau die Umsetzung von Resolution 1325 über das „Global Network of Women Peacebuilders“. In fünf Ländern der EU – Östlichen Partnerschaft hilft das Netzwerk dabei, die Verankerung von Resolution 1325 in lokalen, regionalen und nationalen Strategien zu verbessern.
- Im Jahr 2019 wurde dabei eine Internetplattform ins Leben gerufen, die die Rolle von Frauen zu Frieden und Sicherheit in der Republik Moldau thematisiert und den regelmäßigen Austausch mit erfolgreichen Frauen im Sicherheitssektor ermöglicht. Die Involvierung der Medien zur Verbesserung des Bewusstseins zum Thema Frauen und Sicherheit ist in der Republik Moldau besonders gut gelungen. Gemeinsame Workshops mit relevanten moldauischen Medienvertretern haben die Journalistinnen und Journalisten erfolgreich für das Thema sensibilisieren können.

ÖB Den Haag

- Die Österreichische Botschafterin ist als Mitglied des „Den Haag Hub“ „International Gender Champion“. Der dadurch unterstützte „Panel Parity Pledge“ wird dabei auch bei Veranstaltungen der Botschaft umgesetzt. Insbesondere wird darauf geachtet, dass Frauen und Männer nach Möglichkeit gleichermaßen am Podium vertreten sind. Auch engagiert sich die Botschaft aktiv in den Arbeitsgruppen der „International Gender Champions“, etwa der „Justice Impact Group“.
- Die Österreichische Botschafterin engagiert sich aktiv in den lokalen Gruppen von Botschafterinnen und Botschaftern, deren Mitglieder regelmäßig Veranstaltungen mit Fokus auf die Ermächtigung von Frauen organisieren. Die Rechtsberaterin der Botschaft engagierte sich bei der Gründung des Netzwerkes „Women in International Law“ (WIL) und ist seither auch im diesbezüglichen Leitungsgremium vertreten. Andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Botschaft nehmen regelmäßig an zahlreichen Gender-Veranstaltungen teil.
- Die Österreichische Botschafterin nützt regelmäßig ihre Reden und Wortmeldungen bei Sitzungen diverser Arbeitsgruppen internationaler Organisationen in Den Haag - etwa dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) oder der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW), um sich für die Erhöhung des Frauenanteils in Entscheidungspositionen und genderspezifische Themen einzusetzen und besucht Veranstaltungen zum Thema Geschlechtergleichheit. So enthielt etwa die von Gefertigter vorgetragene österreichische Rede bei der 18. Vertragsstaatenversammlung des IStGH, die im Dezember 2019 in Den Haag stattgefunden hat, auch einen expliziten Hinweis auf die Bedeutung der Schaffung eines „Gender Focal Points“ am IStGH und die „The Hague Principles on Sexual Violence“. Österreich war auch Co-Sponsor eines von der NGO „Women’s Initiatives for Gender Justice“ organisierten Side-Events am 2. Dezember, bei dem diese vorgestellt wurden.

- Die ÖB organisierte gemeinsam mit dem WIL-Netzwerk am 11. Februar eine Veranstaltung mit dem Titel „New Female Voices in Legal Academia“, bei der jungen Rechtswissenschaftlerinnen wie Dr. Melanie Fink von der Universität Leiden, Dr. Emma Irving von der Universität Leiden und Dr. Solène Guggisberg von der Universität Utrecht ein Forum geboten wurde, ihre wissenschaftliche Arbeit einem breiteren Publikum vorzustellen und darüber sowie über die Herausforderungen für Frauen in der Wissenschaft zu diskutieren.
- Die ÖB kooperiert eng mit dem WIL-Netzwerk und unterstützte auch andere Veranstaltungen des Netzwerks, etwa eine Veranstaltung zum Thema „Talking about harassment...What more can we do?“, das am 20. November gemeinsam mit der „International Development Law Organization“ (IDLO) organisiert wurde und bei dem die „Gender Focal Points des Special Tribunal for Lebanon“ (STL), Laurence Carrier – Desjardins und des Internationalen Residualmechanismus für die ad-hoc Strafgerichtshöfe (IRMCT), Lori Ann Wanlin mit Carmen Olufunlayo Schuber, Gender and Law Specialist bei IDLO, über Strategien zur Vermeidung und Bekämpfung von (sexueller) Belästigung am Arbeitsplatz und den diesbezüglichen strukturellen Herausforderungen, v.a. im Bereich internationaler Organisationen, diskutierten.
- Die Kulturreferentin der Botschaft hielt wie bereits seit mehreren Jahren Vorträge über Bertha von Suttner. Im September wurde die Neuübersetzungen von Bertha von Suttners „Die Waffen nieder“ ins Niederländische („De wapens neer“) während eines Festakts im Friedenspalast in Den Haag präsentiert. Aus diesem Anlass bot der Friedenspalast auch spezielle Führungen mit Schwerpunkt Bertha von Suttner an.
- Auch in der Kulturarbeit der Botschaft und im Rahmen des Engagements bei den „European Union National Institutes for Culture“, EUNIC-NL wird aktiv auf Geschlechtergleichstellung geachtet, etwa darauf, dass Frauen und Männer möglichst in gleicher Anzahl bei Veranstaltungen und Projekten repräsentiert sind.

ÖV Genf

Siehe Punkt 2.1. Vereinte Nationen – BMEIA

ÖB Jakarta

- Die Österreichische Botschafterin ist aktive Teilnehmerin im „Women Ambassadors Network“ in Jakarta. Dieses vernetzt Botschafterinnen aus allen Kontinenten mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft.
- Über das Jahr hindurch wurden mehrere Facebook-Einträge gegen Gewalt an Frauen und für Gleichberechtigung auf der Seite der ÖB Jakarta publiziert.
- Über das Jahr erfolgte ein intensiver Austausch mit UN Women, UNFPA und UNICEF, u.a. im Bereich weibliche Genitalverstümmelung.

ÖB Kuala Lumpur

- Gemeinsam mit dem dänischen Botschafter fand in der ersten Jahreshälfte ein Treffen mit der stellvertretenden Frauenministerin statt, wo die Situation der Frauen in Malaysia und insbesondere das Thema Genitalverstümmelung angesprochen wurde.
- Der Österreichische Botschafter nahm im Oktober an einer Veranstaltung der Organisation „Sisters in Islam“ teil. Diese Veranstaltung zielte auf die Rechte muslimischer Frauen in Malaysia ab.
- Am 17. Mai nahm der Österreichische Botschafter gemeinsam mit EU-Kolleginnen und Kollegen an einer Veranstaltung anlässlich des Internationalen Tag gegen Homophobie und Transphobie teil.

ÖB Kuwait

- Ein Vertreter der Österreichischen Botschaft nahm an einem von der EU-Delegation Riyadh und der Women's Cultural and Social Society organisierten Workshop zu „Women's Empowerment“ teil.
- Ein Vertreter der Österreichischen Botschaft nahm an einem Workshop der kuwaitischen Gesellschaft für Menschenrechte zum Thema „Genderbasierte Gewalt“ teil.

ÖB Kopenhagen

Die ÖB hielt folgende relevante Veranstaltungen im Amtsbereich Dänemark ab:

- Am 4. März konzertierten die Künstlerinnen Sonja Leipold und Elena Gabbrielli im Rahmen des „Panorama Festivals“ in Aarhus und hielten anschließend einen Vortrag.
- Am 19. und 20. Februar erfolgten im Rahmen des „CPH Vinter Jazz Festivals“ Konzerte der Jazz-Künstlerin Asja Valcic und Klaus Paier.
- Am 21. August 2019 fand ein Konzert der Künstlerin Bibiana Nwobilo mit Jonas Skielboe beim Festival „Lys over Lolland“ statt.
- Im Rahmen des „Copenhagen Photo Festivals“, das vom 6.-16. Juni stattfand, erfolgte eine Foto-Ausstellung der österreichischen Künstlerin Gerlinde Miesenböck.
- Am 30. September hielt der Erstzugeteilte der ÖB einen Vortrag zu „Frauen in der österreichischen Kultur“ an der Handelsschule „Niels Brock“
- Am 25. Jänner nahm die Österreichische Botschafterin an einer Podiumsdiskussion mit der Exekutivdirektorin der VN-Entität zur Geschlechtergleichstellung (UN WOMEN), Phumzile Mlambo-Ngcuka, UN Woman, zur Fragestellung „How can Youth and Technology Accelerate Progress towards Gender Equality by 2030“ teil.
- Am 1. März nahm die Österreichische Botschafterin an der Veranstaltung „Gender Dialogues: Unfinished Business“ mit der Exekutivdirektorin des Büros für Projektdienste der VN (UNOPS) teil.
- Am 8. März nahm die Österreichische Botschafterin am Arbeitsessen „Working lunch of women EU Heads of Mission“ mit Vibeke Pasternak Jørgensen, europapolitischer

Beraterin des damaligen dänischen Premierministers Lars Løkke Rasmussen zu europapolitischen Fragen teil.

- Am 28. November nahm die Österreichische Botschafterin am Arbeitsessen „Working lunch of women Heads of Mission“ mit der Politischen Direktorin des dänischen Außenministeriums, Botschafterin Christina Markus Lassen, zu Fragen der dänischen Außenpolitik teil.

Im Amtsbereich Island wurden folgende Veranstaltungen abgehalten:

- Anfang Oktober wurde in Reykjavik ein Österreich-Schwerpunkt abgehalten, in dessen Rahmen sieben österreichische Filmproduktionen vorgestellt wurden. Darunter war der Hauptbeitrag des Festivals, die frauenspezifischen Themen gewidmete österreichische Ko-Produktion der Regisseurin Sara Fattahi. Der Film der 1983 in Damaskus geborenen Regisseurin erzählt die Geschichte dreier Frauen an drei unterschiedlichen Orten, die aufgrund von Krieg, Vertreibung und Isolation ihr bisheriges Leben aufgeben mussten.

ÖB Mexiko

- Grundsätzlich werden die Themen Frauenrechte, Geschlechtergleichstellung, Gewalt gegen Frauen, Bekämpfung von Femiziden und Notwendigkeit von besseren Maßnahmen zum Schutz von Frauen von der ÖB regelmäßig im Verbund mit anderen EU-MS und der EU-Delegation in Mexiko thematisiert.
- Die ÖB hält im Rahmen ihrer Tätigkeiten ständigen Kontakt zu Frauenaktivistinnen, Journalistinnen, NGOs, Künstlerinnen sowie weiblichen Regierungs- und Parlamentsmitgliedern. Ferner beteiligt sie sich regelmäßig an Initiativen und Koordinierungstreffen der EU-Delegation sowie der Ad hoc-Menschenrechtsgruppe in Mexiko in diesem Bereich. Vertreterinnen und Vertreter der Botschaft nehmen regelmäßig an Konferenzen und Sitzungen zu genderspezifischen Themen teil.
- Der Österreichische Botschafter nahm am 29. Mai an der Präsentation der EU-Spotlight-Initiative zur Vorbeugung und Eliminierung von Gewalt gegen Frauen im mexikanischen Innenministerium teil. Die EU-Spotlight-Initiative umfasst in Lateinamerika die Länder Mexiko, Guatemala, Argentinien, El Salvador und Honduras. In den nächsten vier Jahren sollen im Rahmen dieser Initiative alleine in Mexiko Projekte im Rahmen von 7 Mio. USD finanziert werden.
- Im Rahmen der Nord-Süd Botschaftsprojekte 2018 unterstützte die ÖB seit November 2018 das Projekt „Bewegung für unsere Vermissten in Mexiko“ der mexikanischen NGO „SERAPAZ“ (Service und Beratung für den Frieden), welche Gruppen von Familienangehörigen von Opfern von erzwungenem Verschwindenlassen begleitet. Das Projekt wurde im Oktober 2019 abgeschlossen.
- Der Erstzugeteilte der ÖB nahm am 17. September an der Präsentation der EU-Spotlight-Initiative in Belize City teil.
- Im Hinblick auf die dritte UPR (Universal Periodic Review)-Überprüfung El Salvadors im VN-Menschenrechtsrat (VN-MRR) im November 2019 setzte sich die Botschaft für eine österreichische Empfehlung zur Gewährleistung des Schutzes der Rechte von Frauen und der Stärkung des Kampfes gegen geschlechtsspezifische Gewalt ein.

- Die ADA implementiert in El Salvador seit 1. Jänner 2019 mit einer Laufzeit bis 30. Juni 2022 das Projekt „Jugend und Frauen in El Salvador“ zur Vorbeugung von Gewalt. Projektträger ist Horizont 3000, der Kofinanzierungsanteil der OEZA beträgt 19 %.
- In Nicaragua implementiert die ADA seit 1. Jänner 2018 mit einer Laufzeit bis 31. Dezember 2020 gemeinsam mit dem Vertragspartner „MIRIAM“ das Projekt: „Stärkung der Gendergerechtigkeit, Förderung und Durchsetzung der Rechte von Frauen, Kindern und Jugendlichen“. Der OEZA-Kofinanzierungsanteil beträgt 25 %. Ziel des Projekts ist die Förderung und Durchsetzung der Rechte vor allem von Frauen, aber auch Kindern und Jugendlichen auf ein Leben in Würde mit Bildung und ohne Gewalt in ländlichen Gemeinden in Nicaragua.
- Ein weiteres von der ADA seit 1. Jänner 2019 mit einer Laufzeit bis 30. Juni 2021 implementiertes Projekt in Nicaragua zielt auf die Stärkung der technisch-produktiven und organisatorischen Kapazitäten junger Bäuerinnen des „Corredor Seco“ zur Gründung von landwirtschaftlichen Kleinunternehmungen ab. Projektträger ist „Horizont 3000“, der OEZA-Kofinanzierungsanteil beträgt 6,14 %.
- In Guatemala implementiert die ADA seit 1. Jänner 2018 mit einer Laufzeit bis 30. Juni 2021 das Projekt „Stärkung der Zivilgesellschaft für indigene Landrechte am Lago Atitlán“, Vertragspartner sind „Horizont 3000“ und das „Comite Campesino Del Altiplano“. Der OEZA-Kofinanzierungsanteil beträgt 6,86 %. Projektziel ist die Stärkung der Führungskapazitäten vor allem von Frauen, aber auch von Jugendlichen sowie der Gemeindeältesten zur Verteidigung ihrer Rechte in der Region Cuenca Sur am Lago Atitlán.
- Ein weiteres von der ADA unterstütztes Projekt in Guatemala zielt auf die Stärkung von Kapazitäten zur effektiven juristischen Verteidigung, Begleitung und Schutz von kriminalisierten Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern (MRV) in Guatemala ab. Direkt unterstützt werden 14 offene juristische Fälle von MRV, davon acht Frauen. Projektträger ist „Horizont 3000“, der OEZA-Ko-Finanzierungsanteil beträgt 11,91 %.

ÖB Moskau

- Anlässlich des Besuchs von Bundesministerin Dr. Karin Kneissl im März in Moskau organisierte die Botschaft ein informelles Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern der russischen Zivilgesellschaft (u.a. von Memorial, Amnesty International, Human Rights Watch).
- Im Juni wurde das österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst an eine der Vorstandsmitglieder der NGO „Memorial International“ in Russland in Anerkennung ihrer jahrzehntelangen verdienstvollen Tätigkeit verliehen.
- Im Oktober organisierte das Kulturforum eine Ausstellung zum Thema häusliche Gewalt in Kooperation mit der russischen Plattform #YouAreNotAlone.
- Im November traf Bundesminister Schallenberg in Sankt Petersburg u.a. mit einer Vertreterin des zivilgesellschaftlichen Sankt Petersburger Menschenrechtsrats zusammen, um über die aktuelle Situation der Zivilgesellschaft in Russland zu diskutieren.

- Gegen Jahresende traf der Österreichische Botschafter die Leiterin der NGO „Memorial International“ zu einem Gespräch, angesichts der Tatsache, dass gegen MEMORIAL zu diesem Zeitpunkt eine Reihe hoher Geldstrafen wegen der fehlenden Kennzeichnung als „Organisation – ausländischer Agent“ verhängt wurden.
- Eine Vertreterin der Österreichischen Botschaft nahm an einem von der schwedischen Botschaft in Moskau organisierten Workshop zum Thema häusliche Gewalt teil, in dem mit Vertreterinnen der russischen Zivilgesellschaft und Vertreterinnen und Vertretern russischer offizieller Stellen insbesondere über einen aktuellen Gesetzesentwurf zur Verhinderung von häuslicher Gewalt in Russland diskutiert wurde.

ÖB Neu Delhi

Amtsbereich Indien

- Umsetzung eines Süd-Nord-Botschaftsprojekts mit dem Rehabilitationszentrum für weibliche Opfer von Säureangriffen der NGO „Brave Heart/make Love not Scars“. Die Schwerpunkte lagen in den Bereichen Berufsbildung, Englischunterricht, Computerunterricht, psychologische Betreuung, sicheres Wohnen sowie einem „Small Business Incubator“ (Hilfe zur Selbsthilfe).
- Im Februar wurde im Rahmen eines Besuches von Bundesministerin Dr.ⁱⁿ Karin Kneissl in Delhi ein „Runder Tisch“ mit weiblichen Opfern von Säureangriffen abgehalten.

Amtsbereich Bhutan

- Im Februar wurde die erste Studie zu „Gewalt gegen Frauen“ im Rahmen des Besuches von Bundesministerin Dr.ⁱⁿ Karin Kneissl in Bhutan präsentiert. Die Studie wurde teilweise mit Geldern der ADA finanziert.
- Im September wurde ein „Runder Tisch“ zu Gewalt gegen Frauen mit Botschafterin Dr.ⁱⁿ Desirée Schweitzer, Sektionsleiterin der Entwicklungspolitischen Sektion des BMEIA in Thimphu, u.a. mit Vertreterinnen und Vertretern von Justiz, Polizei und lokalen NGOs abgehalten.
- Im November erfolgte der Start des von der ADA finanzierten Justizsektorprogrammes, das auf die Querschnittsmaterie „Kampf gegen Gewalt gegen Frauen“ ausgerichtet ist. U.a. wurde dadurch die Einrichtung eines forensischen Labors sowie gleicher Zugang zur Justiz gefördert.
- Im Juni und November fazilitierte das österreichische ADA-Kooperationsbüro fazilitierte Gespräche zwischen dem thailändischen Justizministerium und den zuständigen Behörden von Bhutan zum Thema Gewalt gegen Frauen.

Amtsbereich Nepal

- Die Psychologin und Psychotherapeutin Mag.^a Beatrix Wimmer hielt im November einen Workshop „Gestalttherapie“ in Kathmandu ab.
- Auslands- und Sozialdiener aus Österreich waren u.a. bei Institutionen zur Besserstellung von Mädchen („Caritas Nepal“, „Verein Grenzenlos-Interkultureller Austausch“) in Nepal tätig.

Amtsbereich Bangladesh

- Im Rahmen des Süd-Nord-Botschaftsprojekts „Mobile Quality Schools“ wurde die Organisation HOPE'87-Bangladesh unterstützt. Die seitens Österreichs sichergestellte Finanzierung ermöglichte insbesondere die verstärkte Anschaffung von Schulbüchern und -taschen sowie von Schulmöbeln. Auch konnten aus der Unterstützung Personal- und Transportkosten gedeckt werden, die u.a. zahlreichen Mädchen aus ärmeren Schichten und Slums zugutekamen.

ÖV NATO

Siehe Punkt 2.4

ÖV New York

- Siehe Punkt 2.1

ÖB Ottawa

- Anlässlich des Weltfrauentags wurde am 8. März im Academic Theatre der Universität Ottawa das der österreichischen Kernphysikerin Lise Meitner gewidmete Audiobuch „Deine Lise“ präsentiert. Meitner, die von den Nationalsozialisten aus Österreich vertrieben wurde, war eine der ersten Frauen, die in der damals bislang noch von Männern beherrschten Domäne der Physik Fuß fassen konnten. Zu Beginn der Veranstaltung sprach der Österreichische Botschafter ein Grußwort.
- Im Februar wurde an der University of Moncton (New Brunswick) die französischsprachige Fassung der Wanderausstellung „Kalliope Austria“ gezeigt. Im März wurde eine zweisprachige Version der Ausstellung im Kontext des Weltfrauentags an der Universität Ottawa gezeigt. Im Rahmen der feierlichen Eröffnung der Ausstellung an der Universität Ottawa sprach der Österreichische Botschafter ein Grußwort.

ÖB Podgorica

- Die Österreichische Botschaft nahm an diversen OSZE-Briefings zur Umsetzung der ODIHR/OSZE Wahlempfehlungen zu Montenegro teil. Eine der zentralen und noch nicht umgesetzten Empfehlungen ist die Erhöhung des Frauenanteils in politischen Funktionen.
- Die Österreichische Botschaft nahm an Treffen zum EU Gender Action Plan 2016-2020 am 14. März und am 11. Dezember zur Vorbesprechung von gemeinsamen Initiativen für das Jahr 2020 teil.
- Die Österreichische Botschafterin nahm an einem von der US Botschafterin organisierten Mittagessen anlässlich der Verleihung des 2019 State Department International Women of Courage Award an die bei einem Schussattentat verletzte montenegrinische Journalistin Olivera Lakic teil.
- Die Österreichische Botschafterin nahm an zwei vom Zentrum für investigativen Journalismus organisierten Paneldiskussionen zum Thema Frauen am

montenegrinischen Arbeitsmarkt am 13. Mai und 17. Oktober mit dem Schwerpunkt „Zugang, Bedingungen und Sicherheit für Frauen am Arbeitsmarkt“ teil.

- Teilnahme der Österreichischen Botschafterin am 8. Juli 2019 an der Feierlichen Sitzung des montenegrinischen Parlaments zur Präsentation des Berichts „OSCE-led Survey on the Well-being and Safety of Women“.

ÖB Prag

- Die Österreichische Botschaft organisierte am 5. November das 4. Österreichisch-Tschechische Dialogforum unter dem Titel „Human Rights in Transition“ zur Rolle der Zivilgesellschaft. Eine Gender-Perspektive wurde von Vertreterinnen des Österreichischen Frauenrings und der Czech Women’s Lobby“ eingebracht.

ÖB Sarajewo

- Das KF unterstützte das Theaterprojekt „In the Name of the Father“ unter der künstlerischen Leitung von Darrel Toulon. Dieses behandelt ein in Bosnien-und Herzegowina (BuH) bisher kaum berührtes, allerdings hoch aktuelles Thema: Durch Kriegsvergewaltigungen gezeugte Kinder, sog. „children born of war“ (CHIBOW). In intensiver Zusammenarbeit mit dem BuH-Verband „Vergessene Kriegskinder“ wurde das Theaterstück gemeinsam mit jungen Schauspielerinnen und Schauspielern am Volkstheater Tuzla vorbereitet und feierte dort am 20. März seine Weltpremiere. Im Oktober wurde das Stück dann auch in Srebrenica und in Sarajewo gezeigt. Alle drei Vorführungen verliefen überaus erfolgreich. Das Stück hat eine breitere Auseinandersetzung mit dem Thema angestoßen und großes Interesse der Medien erfahren. Das Projekt soll 2020, u.a. mit Unterstützung durch die EU-Delegation Sarajewo, mit weiteren Vorführungen, auch außerhalb BuHs fortgesetzt werden.
- Vom 27.-28. November nahm der Verteidigungsattaché der ÖB an der jährlichen Konferenz des „Peace Support Operations Training Centers“ (PSOTC) in BuH teil. Dieses veranstaltet jährlich Kurse, u.a. zu den Themenbereichen „Aufbau von Integrität in „Peace Support Operations“ (PSO), Gender in PSOs, Schutz der Zivilbevölkerung durch die VN. Das Österreichische Bundesheer (ÖBH) unterstützt das PSOTC ganzjährig mit einem Berater/Ausbilder bei der Umsetzung des Kursprogramms.
- Aus dem Budget 2019 wurde im Rahmen eines Süd-Nord-Projekts ein Mädchenvolleyballturnier finanziert, das am 25./26. Jänner .2020 stattfand. – Die Förderung von Frauensport gilt als besonders wichtige Maßnahme in BuH.
- Die österreichische Botschafterin und ihre Stellvertreterin nahmen regelmäßig an diplomatischen Frauennetzwerktreffen teil (u.a. Women Ambassadors’/Deputies Lunches/Dinners), bei denen u.a. auch die Frage der Erhöhung des Frauenanteils in Entscheidungspositionen in BuH im Fokus steht. Auch die österreichische Botschafterin hat im August ein Women Ambassadors’ Dinner organisiert.
- Der Verteidigungsattaché der ÖB nahm von 27.-29. Oktober an der 11. Ombudsfrau/-mann-Konferenz für Streitkräfte in Sarajewo gemeinsam mit der Parlamentarischen Bundesheerkommission teil. An der Konferenz nahmen Vertreterinnen und Vertreter aus der ganzen Welt teil, darunter eine erhebliche Anzahl von Ombudsfrauen aus afrikanischen Staaten.

- Vom 10.-11. Dezember fand der „Security Sector Governance Course“ (SSG) in Sarajevo, organisiert durch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), das BMLV und das bosnische Verteidigungsministerium, statt. Daran nahmen u.a. alle Law-Enforcement-Ministerien und Agenturen, Expertinnen und Experten in der Korruptionsbekämpfung sowie Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft teil.
- Vom 2.-6. Dezember nahm der Verteidigungsattaché der ÖB am Orientierungskurs für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU teil. Dieser wurde durch das PSOTC der BuH Streitkräfte mit Unterstützung der Landesverteidigungsakademie Wien geleitet.
- Erstmals nahm eine Kandidatin der BuH-Streitkräfte an der Kadetten- und Kadettinnenausbildung an der Theresianischen Militärakademie für die BuH Streitkräfte teil.

ÖV Strassburg

- Der Europarat (EuR) verfügt über eine Gender Equality Strategy für 2016 bis 2023, die am 7. März 2018 verabschiedet wurde. Zuvor war bereits eine Gender Equality Strategy 2014-2017 in Anwendung.
- Weiters verfügt der EuR über eine „Gender Equality Commission“, in der Österreich durch Dr. Eva Fehringer (Sozialministerium) vertreten ist, die 2018 als Vorsitzende fungierte.
- Das am 1. 8. 2014 in Kraft getretene Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt („Istanbul-Konvention“) verfügt über einen eigenen Monitoring-Mechanismus auf Ebene von Expertinnen und Experten (GREVIO). Die ÖV bewirbt aktiv die Ratifizierung der Konvention durch weitere Staaten.
- Unter den gewählten Führungsfunktionen des EuR erfolgte 2019 die Wahl von Marija Pejčinović-Burić (HR) als Generalsekretärin des EuR, die auch durch AT unterstützt wurde. Die Schweizerin Liliane Maury-Pasquier übte von Juni 2018 bis Jänner 2020 das Amt der Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des EuR aus. Ebenfalls durch die Parlamentarische Versammlung gewählt wird die Menschenrechtskommission des EuR. Diese Position nimmt seit April 2018 Dunja Mijatović als erste Frau ein.
- Das Amt der österreichischen RichterIn am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wird seit 2015 durch Univ. Prof. Dr. Gabriele Kucsko-Stadlmayer ausgeübt.

ÖB Tiflis

- Die ÖB kuratierte eine Ausstellung über das Leben von Bertha von Suttner in Georgien im Rahmen der Verleihung des Bertha-von-Suttner-Friedenspreises am 8. Mai in Zugdidi. Die Stiftung des Preises erfolgte über private Sponsoren. Die Gewinnerin ist mit ihrer NGO seit vielen Jahren in der Unterstützung des interkulturellen Dialogs zwischen Abchasen und Georgiern tätig.
- Am 18. Oktober wurde ein Hörbuch von Stefan Frankenberger über Bertha von Suttner „Der unbekannt Soldat“ präsentiert. Gleichzeitig wurde die Österreich-Ecke an der Universitätsbibliothek Kutaisi eröffnet.

- Am 29. November bzw. 3. Dezember erfolgte die Präsentation der georgischen Übersetzung des Buches „Die Waffen nieder!“ von Bertha von Suttner im Schriftstellerhaus in Tiflis bzw. in der Residenz des Botschafters.

ÖB Warschau

- Die ÖB ist seit mehreren Jahren Mitglied der informellen Gruppe „Friends of the Congress of Women“, in deren Rahmen die in Warschau ansässigen Botschaften die größte Dachorganisation für Fraueninitiativen und -Rechte in PL – den „Frauenkongress“ – unterstützen.
- Die ÖB vermittelt im Kontakt zwischen der Stadt Warschau und dem in Wien ansässigen „FemCities-Netzwerk“, um die polnische Hauptstadt zum Beitritt zum Netzwerk zu ermutigen.
- Das ÖKF Warschau war 2019 Partner der vom Zentrum für Frauenrechte („Centrum Praw Kobiet“) ausgerichteten Internationalen Konferenz „Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen – internationale Standards, polnische Realität“. Der 25. Jahrestag dieses Zentrums wurde vom 2.-3. Dezember im Masowischen Kulturzentrum in Warschau begangen, daran nahmen 160 Personen teil. Das ÖKF hat die Teilnahme von Frau Rosa Logar von der Wiener Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie an der Veranstaltung finanziell unterstützt.
- Das ÖKF Warschau hat die Wanderausstellung „Kalliope Austria – Frauen in Gesellschaft, Kultur und Wissenschaft“ in Brzeziny in Zentralpolen präsentiert.

ÖV Wien

- Die Ständige Vertreterin Österreichs beim Büro der Vereinten Nationen in Wien ist in persönlicher Eigenschaft Mitglied der „International Gender Champions“-Initiative (IGC). Der Initiative, die unter anderem auch in Genf und New York aktiv ist, gehören zahlreiche Führungspersönlichkeiten des internationalen Wiens an, die in diesem Rahmen die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit und die Anwendung einer geschlechtergerechten Perspektive in allen Arbeitsbereichen zum Ziel haben. In ihrer Eigenschaft als „Gender Champion“ vertritt die Ständige Vertreterin diese Anliegen regelmäßig in Wortmeldungen in allen relevanten Foren und setzt sich, wo möglich und erstrebenswert, für eine paritätische Besetzung von Podiumsdiskussionen ein.
- Ebenso aktiv beteiligt ist Österreich an Veranstaltungen und Initiativen der von Australien und Mexiko geleiteten „Group of Friends for Women in Nuclear“, einer Gruppe gleichgesinnter Staaten, die sich für eine Erhöhung des Frauenanteils in verantwortlichen Positionen im Nuklearbereich einsetzt. Dies betrifft sowohl die Repräsentation von Frauen innerhalb der Belegschaft der Atomenergiebehörde bzw. in den Ständigen Vertretungen, als auch allgemein den Zugang von Frauen zu technischen und wissenschaftlichen Berufen im nuklearen Sektor. Österreich schließt sich den Wortmeldungen der Gruppe, die viermal jährlich anlässlich der Tagungen des IAEO-Verwaltungsrats ihre Anliegen vorbringt, an.
- Abseits des Engagements im Rahmen dieser institutionalisierten Initiativen setzt sich die österreichische Missionschefin in regelmäßigen informellen Zusammenkünften mit ihren

Amtskolleginnen und Amtskollegen für die Förderung und Unterstützung genderspezifischer Anliegen ein.